

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohnmenspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungszettel Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. egl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gehaltene Zeitseite oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet, Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer seith 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftzeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Zum Landtagschluss.

* Leipzig, 9. Juni.

Am Sonnabend ist endlich der Landtag in der üblichen feierlichen Weise nach Hause geschickt worden, nachdem er seit dem 12. November im ganzen 6 Monate und 26 Tage getagt hat. Also bald sieben Monate ist das famose, sozialistische Klassenparlament zusammen gewesen. Die Leistungen dieses Parlaments stehen jedoch gerade im umgekehrten Verhältnis zu seiner Dauer. Der gegenwärtige Landtag hat drei Wochen länger getagt als sein Vorgänger und hat 106 öffentliche Sitzungen abgehalten gegen 98 Sitzungen in der vorhergehenden Tagung. Aber trotz seiner längeren Dauer und der größeren Zahl der Sitzungen hat er doch bedeutend weniger gearbeitet. Das beweist ein Blick auf den Geschäftsbericht des verabschiedeten Landtags. Die Hauptregisterstrände umfassen 880 Nummern, während die des Vorgängers 1001 Nummern aufwiesen, darunter 28 Decrete, gegen 32 im vorhergehenden Landtag; das Tagebuch für Gegenstände der Tagesordnung enthält 270 gegen 316 Nummern. Schon dieser Überblick über die Geschäftstätigkeit des Landtags zeigt, daß die Arbeiten und Ergebnisse des Landtags in seinem Verhältnisse stehen zu seiner Dauer. Aber auch die von der Zweiten Kammer behandelten und erledigten Vorlagen rechtfertigen keineswegs die lange Tagung. Außer den regelmäßigen wiederkehrenden Vorlagen wie Rechenschaftsbericht, Etat und dergleichen wurden beraten der Gesetzentwurf eines Enteignungsgegeses, die Entwürfe von Gesetzen über die Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen, über die Weiterführung der Reform der direkten Steuern, über die Diäten für die Abgeordneten zur Synode und die Tagesgelder der Landtagsabgeordneten, wegen Abänderung der Gesetze über die Ausübung der Jagd und die Schonzeit der jagdbaren Tiere in Ansehung der wilden Kaninchen, wegen Abänderung der revidierten Städteordnung und der revidierten Landgemeindeordnung, wegen Ausdehnung der Verwaltungsrechtspflege auf ländliche Angelegenheiten, über die Aufhebung der mit Apothekengerechtigkeiten verbundenen Verbilligungsrechte, wegen Errichtung eines Adelsbuches, wegen Erhöhung der Gerichtsgebühren, über die Zwangserziehung Minderjähriger, über die Befreiung der Militärinvaliden von Steuern und Abgaben und noch einige andere Vorlagen von ähnlicher Bedeutung. Man sieht aus dieser Ausführung, daß große gesetzgeberische Arbeiten, die die lange Dauer rechtfertigen, den Landtag nicht beschäftigt haben. Das Enteignungsgeges, die einzige größere gesetzgeberische Vorlage außer der Steuerreform, war bereits Gegenstand der Beratung beim vorigen Landtag; eine Zwischenputation hat die Angelegenheit in einer Form an

den gegenwärtigen Landtag gebracht, daß dieser Entwurf für die Beratungen des gegenwärtigen Landtags so gut wie gar nicht in Betracht kam.

Um meistens wurde der Landtag von der Steuerreform beansprucht. Nachdem man seit sechs Jahren an diesem zähen Bissen herumgelaufen ist, ist er nun endlich mit Mühe und Not und größter Überwindung hinuntergeworfen worden, und nicht viel hätte gefehlt, so wäre der Landtag an diesem Bissen erstickt. Nachdem nun der Bissen verschluckt ist, verursacht er dem wirtschaftlichen Organismus des Landes das grimmigste Unbehagen. Seitdem das Bedürfnis der Erziehung neuer Steuerquellen auch im Landtag als notwendig erkannt worden ist, wurde es von den Gesetzgebern als selbstverständlich in das Land hinausposaunt, daß die schwächeren Schultern geschont werden müssten und die Fortführung der Progression der Einkommensteuer unerlässlich sei. Mit dieser Fortführung der Progression war die Regierung nicht einverstanden; sie schlug deshalb in der Session 1897/98 eine Vermögenssteuer und den Ausbau der Erbschaftssteuer vor. Die Vermögenssteuer war jedoch den Agrarier ein Greuel, und eine Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die direkten Erben fand nun vollends seine Gnade vor ihren Augen. So scheiterte damals die Steuerreform, obwohl neue Steuerquellen bei der Finanzlage des Landes unbedingt notwendig waren. Dem Landtag von 1899/1900 hatte es die Regierung überlassen, neue Steuervorschläge zu machen. Inzwischen hatte die Finanznot einen Grad erreicht, daß ein Ausweichen nicht mehr möglich war. Die Regierung sah sich genötigt, für die nächsten Jahre einen Steuerzuschlag von 50 Prozent zu fordern. Zugleich legte sie einen neuen Steuerreformplan vor, der die Aufhebung der Grundsteuer, eine allgemeine Vermögenssteuer und die Erhöhung der Einkommensteuer um 25 Prozent vorschlug. Dieser Vorschlag wurde natürlich von den Agrarier, die den Landtag beherrschten, mit Schmunzeln aufgenommen. Aber auch die Vertreter der Industriellen, die Nationalliberalen, waren mit dem Vorschlag einverstanden, denn die Aufhebung der Grundsteuer entsprach auch den Wünschen der Haushaltsbesitzer. Da nun die Grundsteuer bei der Klasseneinteilung zu den Landtagswahlen ein wichtiger Faktor ist, die Agrarier aber einen großen Teil oder gar den größten Teil ihres Einflusses eingeblüht hätten, wenn die Grundsteuer wegfallen wäre, so nahm man für die Grundsteuer eine fiktive Steuer an, um den Agrarier ihren Einfluß zu erhalten. Doch der kleine Plan scheiterte an dem Widerstand der ersten Kammer, die denn doch eine feinere Witterung hatte als die allzu offene Interessenpolitik der Zweiten Kammer. So kam denn schließlich im Vereinigungsverfahren eine

Einigung dahin zu stande, daß die Grundsteuer beibehalten, dagegen das landwirtschaftliche Betriebskapital von der Vermögenssteuer freigesetzt werde.

Die Agrarier haben es also auch hier verstanden, mit dem Rücken an die Wand zu kommen. Die Industriellen dagegen schreien über ungerechte Bevorzugung der Agrarier. Mit Recht hat ihnen der Oberbürgermeister von Zwickau in einer Polemik gegen das Zwickauer Amtsblatt entgegengehalten, daß die Aufhebung der Grundsteuer eine noch viel größere Begünstigung der Agrarier darstelle. Für die ungerechtfertigte Begünstigung stimmen sie aber, weil sie selbst daran Anteil hatten. Dem armen Volle, das schon durch die indirekten Steuern in unerhörter Weise belastet ist, hat man den Steuerzuschlag von 25 Prozent ebenfalls aufgehalst; nur die untersten Steuerklassen sind freigesetzt worden. Das Ergebnis der Steuerreform ist also eine unerhörte Begünstigung der Agrarier, und eine schwere Belastung des kleinen Mannes. Von der 25 prozentigen Steuererhöhung wird neben dem Arbeiter der kleine Gewerbetreibende besonders hart getroffen, für dessen Hebung man sich sonst immer so ins Zeug legt. Soweit aber die stärkeren Schultern belastet worden sind, haben es die Agrarier verstanden, sich von dieser Belastung zu befreien.

Die Steuerreform wird mit dem Jahre 1904 in Kraft treten. Für die Jahre 1902 und 1903 wird ein Steuerzuschlag von 25 Prozent erhoben werden. Durch alle unmöglichen Abstriche und Abschaffung wichtiger Posten in den außerordentlichen Etat wurde es möglich, den Zuschlag von 50 auf 25 Prozent zu ermäßigen. Ein fünfzigprozentiger Zuschlag würde selbst den ärgsten Spieker in Wallung gebracht haben; jedoch auch der Zuschlag von 25 Prozent wird seine Wirkung nicht verfehlten. Der unangenehme Zuschlagssteuerzettel wird manchem "gutgeachten" Staatsbürgern die Augen öffnen über die seit Jahren betriebene konservativ-nationalliberale Miss- und Interessenwirtschaft. Die Steuerreform der Regierung von 1897/98 rechnete mit einem Ergebnis von rund 6 Millionen Mark. Wäre die Steuerreform damals angenommen worden, so hätte die Regierung bis 1904 etwa 36 Millionen Mark zur Verfügung gehabt und die Steuerzuschläge wären nicht notwendig geworden. Die Belastung des außerordentlichen Etats macht wiederum eine Anleihe von 100 Mill. Mark notwendig. Durch die neue Anleihe erreichen unsere Staatschulden einen Betrag von einer Milliarde 97 $\frac{1}{2}$ Mill. Mark, der zur Verzinsung 38 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark erfordert. Rechnet man zu den Schulden noch die notwendige Tilgungsquote von 1 oder $\frac{1}{2}$ Prozent, so werden für Verzinsung und Tilgung der Staatschuld 43 bis 44 Mill. Mark gebraucht, ein Betrag, der nicht viel zurücksteht hinter

Seuilleton.

Reaktion verboten.

Der Vagabund.

Von Maxim Gorki.

"Und was wird daraus?" erkundigte sich der Bauer.

"Nichts wird," zuckte Promtow mit den Schultern.

"Nichts?"

"So wie ich sage — nichts!"

"So . . . und wird es helfen?"

"Wird helfen . . ."

"Werde versuchen . . . Danke . . ."

"Zum Wohlsein!" wünschte vollständig ernst Promtow.

Langes Schweigen, Knirschen der Wassermelone; Flüstern der Kinder . . .

"Hört mal," sprach der Haustwirt, "wie heißt es . . . ist es Euch nicht bekannt . . . vielleicht habt Ihr zufällig in Petersburg oder Moskau etwas gehört . . . da wegen Sibirien . . . ob man übersiedeln kann oder nicht? Denn der Amisvorsteher — liegt er wirklich Wahrheit — sagt, daß es gar nicht erlaubt ist."

"Es ist nicht erlaubt!" schnitt Promtow ab.

Die Bauern tauschten Blicke miteinander und der Haustwirt brummte in seinen Bart:

"Möge Ihnen eine Scöte in den Bauch hineinfrieren."

"Es ist nicht erlaubt!" wiederholte Promtow, und plötzlich erschien sein Gesicht verzerrt. "Und deshalb ist

es nicht erlaubt, weil es unnütz ist, nach Sibirien zu fahren, weil überall Land ist, so viel man will!"

"Ja, das stimmt, daß für die Toten überall Land in Fülle ist . . . aber für die Lebenden, da wäre es nötig," meinte traurig der eine Bauer.

"In Petersburg ist beschlossen," führte Promtow mit Feierlichkeit weiter aus, "alles Land, das die Bauern und die Gutsbesitzer haben, der Krone zu übergeben . . ."

Die Bauern rissen wild ihre Augen auf und schweigen. Promtow betrachtete sie streng und fragte:

"Der Krone zu übergeben — wozu?"

Das Schweigen nahm einen gespannten Charakter an und es schien, als ob die armen Bauern gleich vor Staunen und Erwartung plagen würden. Ich sah sie an und konnte kaum die Wut, die der Spott Promtows mit diesen armen Kerls in mir hervorgerufen hatte, zurückhalten. Über sein freches Lügen vor ihnen zu entlarven, hieß ihn ihren Hieben preisgeben. Und ich schwieg, bedrückt von dem unsinnigen Widerspruch.

"Ja, reden Sie doch, guter Mann!" bat feuchted einer von den Bauern leise und zaghaft.

Deshalb wegzunehmen, um alles Land unter die Bauern gerecht zu verteilen! Man hat dort eingesehen," — Promtow wies mit der Hand irgendwo zur Seite — „daß der wahre Eigentümer des Landes der Bauer ist, und da hat man eine Anordnung getroffen — die Auswanderung nach Sibirien nicht zu erlauben, sondern die Teilung abzuwarten."

Einem von den Bauern fiel sogar ein Stück Wassermelone aus der Hand. Alle hingen sie mit gierigen Blicken an Promtows Munde und schwiegen vor Überraschung über seine wunderbare Nachricht. Und darauf

— nach einigen Sekunden — erklangen zu gleicher Zeit vier Ausrufe:

"O, heilige Jungfrau!" seufzte hysterisch die Frau auf.

"Und . . . vielleicht faselt Sie?"

"Ja, reden Sie, guter Mann!"

"Also, deshalb war in diesem Jahre so klarer Abendrot," rief überzeugungsvoll der Bauer, den das Kreuz schmerzte, aus.

"Das ist nur ein Gerücht," sagte ich, "vielleicht erwießt sich dies alles als Lüge . . ."

Promtow blickte mich mit aufrichtigem Staunen an und sprach mit Eisern:

"Wie ein Gerücht? Wieso eine Lüge?"

"Und aus seinem Munde ergoß sich eine Melodie der frechsten Lüge — eine süße Musik für alle Zuhörer, mich ausgenommen. Großartig dichtete er! Die Bauern, die es gern glaubten, sahen da, als ob sie ihm in den Mund fliegen wollten. Aber für mich war es unmöglich, diese begeisterte Lüge, die zu guterletzt auf die Köpfe der biederen Leute ein großes Unglück herausbeschütteten könnte, anzuhören. Ich verließ die Hütte, legte mich auf den Hof nieder und dachte nach, wie ich das schlechte Spiel meines Begleiters entzünden könnte. Seine Stimme klang lange in meinen Ohren, dann schlief ich ein. — Ich wurde von Promtow bei Sonnenaufgang geweckt.

"Stecken Sie auf, gehen wir!" sprach er.

Neben ihm stand der verschlafene Haustwirt und der Mann Promtows strotzte von allen Seiten. Wir verabschiedeten uns von den Bauern und gingen weiter. Promtow war lustig, sang, pfiff und blickte mich ab und zu ironisch von der Seite an. Ich legte mir eine Rede für ihn zurecht und ging schweigend neben ihm her.

den gesamten Einnahmen an direkten Steuern infolge des 25 prozentigen Steuerzuschlags. Und wenn man nun zu allein noch hinzufügt, daß unsere Eisenbahnen allmählich bis auf 3 Proz. gekommen, daß die Betriebsergebnisse um rund 10 Millionen hinter dem für Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld notwendigen Aufwand zurückbleiben, so kann man sich etwas ausmalen, in welche Lage das Land durch die konservativ-nationalliberale Wirtschaft allmählich gekommen ist. Ein Zugeständnis des Klassenlandtags für die Schuld an diesen unerquicklichen Zuständen ist auch die Komödie, die in der Zweiten Kammer aus Anlaß der an sich allerdings zu verurteilenden beträchtlichen Überschreitungen aufgeführt wurde und die zu der Demission des Ministeriums und der Enthaltung des Finanzministers v. Watzdorf führte.

Die Finanzlage, die Eisenbahnen, die Steuerreform nahm den allergrößten Teil der Landtagssitzung in Anspruch. Was der Landtag sonst geleistet hat, ist gleich Null. Nicht eine Maßnahme, nicht ein Beschluß oder Gesetz von sozialpolitischer Bedeutung ist geschaffen worden. Kulturstagen, so das Schulwesen, werden kaum berührt, für die Arbeiter ist außer einer beträchtlichen Belastung nichts geschehen, die dringlichen Forderungen der Bergarbeiter blieben unberücksichtigt, die Löhne der Eisenbahner werden nach rückwärts revidiert, der Bestand des unteren Eisenbahnpersonals wurde beschränkt z. Zt., man sieht, nichts, auch nicht das geringste hat der Klassenlandtag für die Arbeiter übrig gehabt. Die Beamten, denen die Wohnungsgeldzuschüsse vom vorigen Landtage bestimmt vom Jahre 1902 ab versprochen wurden, sind nun wieder für 1904 vertagt worden. So ist das einzige Ergebnis des Klassenlandtags eine ungeheure Belastung der Steuerzahler, die der agrarisch-konservativ-nationalliberalen Wirtschaft zu danken ist. Als die konservative Fraktion dieser Tagung ihre erste Fraktionssitzung abhielt, ließ der bekannte Dr. Orlitz eine fulminante Rede vom Stapel, in der er die Landtagswahlen besprach und ihr Ergebnis als hochfreudlich bezeichnete und behauptete, daß es das Ansehen der konservativen Partei im Lande mächtig gehoben hätte. Der Verlauf des Landtags hat das „Ansehen“ der Konservativen und ihres nationalliberalen Kartellgeschwisters noch weiter „erhöht“, wenn nicht auf seinen Gipfelpunkt gebracht. Die Entwicklung der Dinge unter dem Dreiklassenwahlrecht hat den Agrarier die unbedingte Herrschaft über das Land und die Regierung in die Hände gespielt. Gegenüber dieser einseitigen Interessenwirtschaft ist es allein die Sozialdemokratie, die das Allgemeininteresse des überwiegend industriellen Landes mit Konsequenz und Entschiedenheit verteidigt. Und wenn die einzige Wahrerin der Interessen des Landes durch das Klassenwahlrecht verhindert ist, im Parlament ihre Stimme zu erheben gegen die einseitige Interessenvertretung der herrschenden Clique, so ist dieser Zustand nur geeignet, immer weitere Kreise des Volkes in die Reihen der Sozialdemokratie zu treiben und so den Zeitpunkt zu beschleunigen, da die ganze unhaltbare Wirtschaft zusammenbrechen muß.

Politische Übersicht.

Diktaturparagraph und Hohkönigsburg.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Im Reichstag ging es heute lebhafter her als seit langem; man beschäftigte sich mit der Vorlage zur Aufhebung des Elsaß-Lothringischen Diktaturparagraphen, oder, wie es im offiziellen Text heißt, zur Aufhebung „der außerordentlichen Gewalten des Stathalters in Elsaß-Lothringen“. Das Verteilen dieses Ausnahmerechtes hat die Bevölkerung der Reichslande durch lange Jahre als eine drückende Last empfunden, und man würde ein Gefühl der Genugtuung über seine endliche Beseitigung bei der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung für verständlich halten, wenn eben diese Aufhebung nicht mit Begleitscheinungen verknüpft wäre, die bei allen nicht byzantinisch Gedrillten neue ehrliche Freude erwecken könnten. Bekanntlich wurde die Welt am 9. Mai 1902 plötzlich durch einen bezeichnenderweise von der Hohkönigsburg datierten Erlass des Kaisers überrascht, in dem die Aufhebung des Diktaturparagraphen den Reichslanden als ein „besonderer Beweis des Wohlwollens“ in Aussicht

„Nun, warum steinigen Sie mich jetzt nicht?“ fragte er plötzlich.

„Und Sie geben zu, daß es am Platze wäre?“ fragte ich trocken.

„Nu, selbstverständlich. — Ich begreife Sie und weiß, daß Sie mich spicken müssen. . . Ich sage Ihnen sogar, wie Sie es aufstellen werden? Wünschen Sie? Aber — besser lassen Sie es. Was ist dabei Schlimmes, daß die Bauern ein wenig träumen werden? Sie werden nicht weinen davon. Und ich gewinne dabei. Sehen Sie, wie stark sie mir den Ranzen gefüllt haben!“

„Aber Sie können sie doch unter die Knute bringen!“

„Schwerlich. . . Und wenn auch? Was geht mich ein fremder Rücken an? Möge Gott mir helfen, meinen eigenen Heil zu erhalten. Dies ist gewiß nicht sitztlich; aber noch einmal, was geht mich das an, was moralisch und was unmoralisch ist? Geben Sie zu, daß es mich absolut nichts angeht!“

„Tawohl!“ dachte ich, „der Wolf hat recht. . .“

Nehmen wir an, daß sie meinetwegen etwas zu erleiden haben, aber doch auch späterhin wird der Himmel blau sein und das Meer salzig.“

„Aber haben Sie tatsächlich kein Mitleid. . .“

„Man hat ja mit mir kein Mitleid. . . Ich bin Büschelkraut und jeder, dem der Wind mich unter die Nüsse wirft, gibt mir einen Fußtritt.“

Er war ernst und nachdenklich, dabei aber wütend, und seine Augen glänzten rachsüchtig.

„Ich handle immer so, und manches Mal noch schlechter. . . Einem Bauer im Saratowischen Gouvernement empfahl ich gegen Schmerz im Magen auf schwarze Schaben gezogenes Baumöl zu trinken. deshalb, weil er geizig war. Wieviel Böses und Rächeriges habe ich nicht während der Zeit seiner Pferderingung

gestellt wurde. Die heutige Reichstagsitzung war nur die nachträgliche parlamentarische Scheinaktion zur Dekoration und Sanierung dieser kaiserlichen Willensäußerung — eine neue Bestätigung für die reißend schnelle Entwicklung, die unser ganzes politisches Leben ins Höfische und Ceremonielle nimmt. Auf der Bundesratsstraße hatten Reichskanzler Graf Bülow mit dem preußischen Minister v. Hammerstein, dem früheren Bezirkspresidenten von May, und Herrn Matthias v. Möller, dem nach der Kieler Verbannung wiedergewonnenen Staatssekretär der Reichslande, Platz genommen. Es war eine wilde Einleitung der gehobenen Festversammlungsstimmung, in der die Mehrheit den Verlauf der Sitzung zu arrangieren gewünscht hatte, wenn der freisinnig-vereinigte Vertreter von Straßburg, Herr Riff, die Debatte mit einer gerührten Dankrede an die Adresse des Reichskanzlers eröffnete. Mit zwei heiteren Augen sieht Herr Riff jetzt, wo der böse Paragraph tot ist, in eine rosenrote Zukunft des Reichslandes und versichert die Regierung einer echt freisinnigen Vollichkeit.

Graf Bülow war ganz in seinem optimistischen Element, als er auf diesen Erfolg antworten durfte. Er hielt eine lange und inhaltslose Rede, die er sich verpflichtet fühlte, so feierlich zu gestalten, daß weder ein Ettat, noch ein verunglückter Feuilleton darin vorlief. Um überflüssig waren die historischen Stücke des Redners, die niemandem etwas Neues sagten. Über Nacht ist eben die Regierung nach gründlicher Einwirkung zu der Überzeugung gekommen, daß die Elsaß-Lothringen doch eigentlich die loyalsten Leute von der Welt sind, gegen die man keine Extrapeitschen mehr zu schwingen braucht — ein paar Specialruhen, wie das reichsländische Versammlungs- und Preßrecht, behält sich die Regierung ja vorsichtshalber noch vor. Dann prägte der Kanzler das läudige Wort vom „psychologischen Augenblick“ — es war ein nicht ganz logistischer Augenblick, in dem ihm das passieren mußte —, wies schnellst auf den „sächsischen“ und „lokalen“ Landesausschuß von Elsaß-Lothringen hin und schloß im Dinersil mit schönen Worten von Vertrauen und deutscher Treue.

Die meisten Redner fanden sich in die Hößlingsatmosphäre des psychologischen Augenblicks überraschend gut hinein: die Elsaß-Lothringen, Baron de Schmid und Wetterls sowie der Nationalliberalen Schlumberger duzerten ihren Dant und ihre Vollichkeitshüfte in lorbeerster Form, und der Centrumsführer Dr. Bachem brachte es gar fertig, von einem hochherzigen Geschenk zu reden. Dem Baron de Schmid, den der Kaiser höchstlich zum preußischen Rittmeister ernannt hat, obwohl er nie im deutschen Militärdienst gestanden hat, wurde dabei von Bebel eine verdiente heitere Blamage bereitet. Würdiger als diese Desillierung der Korrekten war das Auftreten des Elsaßers Preiß, der offen aussprach, daß man den Reichslanden jetzt nur das gewähre, was ihnen schon längst gebührt hätte. Mit einer gewissen Verdrossenheit erklärten die konservativen Parteien ihre Zustimmung zu der Vorlage; der höfische Herr v. Levetzow brachte es aber doch fertig, von der „aufrichtigen Freude“ seiner Freunde zu sprechen. Erst Abg. Bebel zerstörte die weiße Stimmung sanftster Verjährlichkeit, in der sich Regierung und Mehrheitsparteien gefielen. Er bezeichnete es als selbstverständlich, daß auch unsere Genossen der Befreiung dieses reichsländischen Ausnahmerechtes zustimmen, beachtete aber die Wirkungen des Diktaturparagraphen und die Geschichte seiner endlichen Aufhebung in so wirksamer Weise, daß die peinliche Stellung der Medaille in voller Deutlichkeit sichtbar wurde. Scharf wies unser Redner auf die Gefahren des wachsenden persönlichen Regimentes und der Festpolitik hin und legte überzeugend dar, daß immer noch alzu viel reaktionär und faul bleibt in den deutschen Reichslanden.

Zwei Bundesratsvertreter mühten sich, den Eindruck der Bevölkerung Niedersachsen: der Reichskanzler und der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen. Graf Bülow leugnete in aller Form jeden Kausalzusammenhang zwischen der Hohkönigsburg und dem von der Hohkönigsburg datierten Erlass, während Herr v. Möller in seiner supraliberale, aufdringlichen und nichtslängenden Weise darüber witterte, daß Bebel das schöne Friedensfest so plötzlich gestört habe. Die Ausführungen des Staatssekretärs schlossen sich der Reihe monströser Parlementarsüße, die Herr v. Möller selbst in Scène gesetzt hat, würdig an und entfesselten fast nach jedem Satze die stürmische Heiterkeit unserer Genossen. Das naive Loblied, das Matthias v. Möller dem Straßburger Landesausschuß sang, war eine Musterleistung unfeierlicher Romil. Bebel erwiderete und hatte die Lacher auf seiner Seite.

Die liberalen Gruppen duzerten durch den Mund des süddeutschen Volksparteiters Haubmann-Böddingen ihre Zu-

stimmung zu der Vorlage. Zum Schluß provozierte der Pole Glebock, der mit vollem Recht die Hohkönigsburg umgebung und die Marienburg Kriegserklärung gegen den „polnischen Nebenrat“ kontrastierte, noch eine volkstümliche Erklärung des Grafen Bülow, der die Rede des Kaisers auf der Marienburg als eine Neuersetzung des „monarchischen Pflichtgefüths“ feierte.

Die Vorlage, die gleich zwei Lehngesetze passierte, und schon am Montag in dritte Beratung genommen werden soll, handelt die einstimmige Annahme des Hauses.

Das Ende des Stuttgarter Straßenbahnerstreits.

Aus Stuttgart wird uns vom 8. Juni geschrieben: Der Straßenbahnerstreit ist zu Ungunsten der Angestellten beendet. Die brutale Gewalt der Klingenden Missionen hat wieder einmal über das menschliche Empfinden, ja auch über das gesetzliche Recht triumphiert. Nachdem alle Verhandlungsversuche des Gewerberichters, des Oberbürgermeisters und des Ministers des Innern an dem Starrsinn der Direktion gescheitert waren, setzte Bevölkerung und Ausländer ihre lebte Hoffnung auf den Entscheid des von der Stadt Stuttgart angestellten Amtsgerichtes. Die Stadtverwaltung beantragte, das Amtsgericht solle beschließen, daß die Stadt die Straßenbahnen in eigene Rechte zu übernehmen habe, da die Straßenbahndirektion den mit der Stadt abgeschlossenen Konzessionsvertrag nicht gehalten habe. Der Vertragsbruch wurde in der Betriebsbeleidigung erblickt, die nach Entscheidungen des Reichsgerichtes mit dem Streik nicht genügend begründet ist. Das Amtsgericht beschloß gestern, diesen Antrag abzulehnen. Die Begründung des Entscheides ist noch nicht bekannt. Da die Direktion auch durch die am Freitag ergangene Polizeiverfügung, daß der Betrieb in den folgenden 7 Tagen zwischen 12 und 2 Uhr mittags, von 6 Uhr ab abends und am heutigen Sonntag den ganzen Tag zu ruhen habe, sich zum Nachgeben nicht bestimmt ließ, vielmehr immer neue Streikbrecher anworb und einschüttete, boten sich die Ausländer zu fragen, ob noch die geringste Aussicht auf einen Erfolg gegeben sei. Die Antwort mußte unter den gegebenen Verhältnissen verneinend aussallen, und so beschlossen sie gestern nachmittag, den Streik für beendet zu erklären. In einem am Freitag von der Direktion herausgegebenen Flugblatt „zur Ausklärung“, das den ganzen Verlauf des Kampfes unter groben Entstellungen für die Direktion recht günstig darzustellen versuchte, war u. a. auch die Erklärung enthalten, daß sie einen Teil der Ausländer wieder einstellen werde, wenn sie können und sich anbieten. Diese Erklärung veranlaßte die gestrigige Verammlung der Ausländer, ihre Kommission zur Direktion zu schicken mit dem Erwußt, sie möge diejenigen namhaft machen, die sie wieder einstellen wolle. Hierauf bezeichnete die Direktion 220 Mann, die nun heute wieder fahren, so daß der Betrieb seit Sonntag früh im vollen Umfang wieder aufgenommen ist. 120 Mann aber gelten als entlassen; für sie hat die Direktion in den Streikbrechern Erbap gefunden. Selbstverständlich hat sie die „Anklagen“ ausgemustert. Geradezu glänzend haben sich die Streikenden während der 8 Tage gehalten. 342 waren in den Ausstand getreten, und 341 nahmen gestern abend noch an der Beschlusssitzung über die Beendigung des Streiks teil. Ein einziger nur war gestern früh abgesprungen und hatte die Arbeit aufgenommen. Von den 341 Mann unterwarf sich keiner in unwürdiger Weise, keiner ging einzeln zur Direktion und bot sich an, sondern singend blieben sie beieinander, während die Kommission die Liste der Auskieschen von der Direktion holte. Auch während der hochgradigen Aufregung der letzten Woche ist nicht ein Mensch aus den Reihen der Streikenden bekannt geworden, was von der gesamten Presse und fast täglich vom Polizeibericht betont wurde. Die Auskiesler werden zunächst vom Transportarbeiterverbande als Gemahrgemeinde weiter unterstützt. Ein kleiner Teil derselben wird in städtischen Diensten Verwendung finden. Zu den letzten Tagen ließ es, auch der Staat werde einen Teil der Leute, die keine Anstellung wieder finden, übernehmen. Man darf zweifeln, ob dies geschieht, denn es ist zu fürchten, daß die Regierung infolge der Angriffe, die bereits von der Unternehmerspresse gegen sie gerichtet werden, zusammenstoßen wird.

Es ist das erste Mal gewesen, daß in Deutschland eine Regierung in einem Vohlkampfe den Streikenden Recht gegeben hat. Das, was seither über die Vergleichsversuche des Ministeriums bekannt geworden war, ist am Freitag durch eine authentische Darlegung des Staatsanzeigers erhärtet worden. Der Minister des Innern hat in der eindringlichsten Weise die Direktion zur Gewährung des Koalitionsrechtes zu bewegen versucht; aber auch seine Vorschläge sind trocken abgelehnt worden, und zwischen dem Vertreter der Straßenbahngesellschaft und dem Ministerialdirektor Mosbach ist es zu den heftigsten Scenen gekommen. Ist nun auch diese Haltung der Regierung sowohl wie die der Stadtverwaltung vornehmlich auf die Missstimmung zurückzuführen, die die Gesellschaft schon vor dem Streik bei allen Behörden und der gesamten Bevölkerung gegen sich erzeugt hatte, so ist sie doch ein Novum, und an Protesten der Scharfmacherpresse wird es in den nächsten Tagen wohl nicht fehlen. Die Münchener Neuesten Nachrichten stimmten schon den ersten Ton an. Wenn aber die Regierung aus diesem Kampfe etwas gelernt hat, so möge es die Erkenntnis sein, daß das heutige Koalitionsrecht ein Scheinrecht ist, das den Arbeitern nur dann gewährt wird, wenn sie sich in ihren Organisationen eine Macht schaffen, die der Macht des Kapitals überlegen ist. Ein sonderbares „Recht“, dessen Ausübung von den Gewerbeverhältnissen abhängt! Im Landtage wird in Höhe der Regierung gefragt werden müssen, was nach den Erfahrungen dieses Kampfes zu geschehen hat, um das Koalitionsrecht sicher zu stellen.

Im schroffen Gegensatz zur Haltung der Regierung und der Stadtverwaltung steht das vielfach brutale Vorgehen der Polizei bei Menschenansammlungen. In allen Blättern und aus allen Gesellschaftskreisen kommen scharfe Proteste gegen das blutwütige Blankzeichen und Dreinhauen eines Teiles der Polizisten auf harmlose Straßenpassanten. Am ruhigsten ging es dort zu, wo die Schnupfe sich in gemessener Entfernung von den Menschenansammlungen hielten, die in der letzten Woche dem Straßenbild ihr Gepräge gaben.

Dass dieser Streik verloren ging, trotz aller erdenklichen Unterstützung, das haben die ca. 80 Zusammengebliebenen auf dem Gewissen, die ihren Kollegen sich nicht angeschlossen, sondern sich dazu hergaben, die neuangeworbenen Streikbrecher anzulocken.

Der Stuttgarter Straßenbahnerstreit wird noch zu manchen Betrachtungen Anlaß geben; besonders der Gesetzesgebung bleibt er gewisse Fingerzeige.

angerichtet! Wieviel verschiedenen blödsinnigen Übergläubigen und wieviel Phantasien habe ich nicht in den Ideenkreis des Bauern eingeführt. . . Und überhaupt, ich geniere mich nicht... Woan soll ich auch? Welcher Gesetz wegen? frage ich. Es gibt keine Gesetze außer mir! Dies ist meine Überzeugung und Johannes Chrysostomus bestärkt dies, indem er sagt: „der Mensch ist der wahrhaftige Schafkopf.“

Aber wonnit prahlen Sie denn da? . . .

„Mit Schlechtem, gewiß von Ihrem Standpunkt aus. . . Aber ich, sehen Sie, bin kein Liebhaber von wohlerzogenen Standpunkten. . . und meine, wenn man mich prügelt, so muß ich nicht die Stirne senken, sondern auch den Stock nehmen. . .“

Beim Zuhören dachte ich, daß es meinerseits recht weise sei, wenn ich mich an den ersten Psalm des Königs David erinnerte und den Weg dieses Sünders verließ. Aber ich wollte seine Geschichte erfahren.

Drei Tage noch verbrachte ich mit ihm und in diesen drei Tagen erkannte ich vieles, was ich früher nur ahnte. So zum Beispiel wurde es mir klar, auf welche Weise in den Ranzen Promtow verschobene unnütze und alte Sachen, wie ein kupferner Leuchter, ein Stemmeisen, ein Stück Spieße, ein Halsband, gekommen waren. Ich begriff, daß ich die Lippen riskieren und sogar dorthin geraten könnte, wo gewöhnlich Sammler wie Promtow hinkommen.

Man mußte sich von ihm trennen. . .

Aber seine Geschichte!

Und einmal, an einem Tage, als ein grausamer Wind blies, der uns beinahe umwarf und wir uns in einen Strohschober verkrochen hatten, um uns vor der Kälte zu schützen, erzählte Promtow mir seine Lebensgeschichte.

(Fortsetzung folgt.)

Das Ministerium Combes.

Frankreich hat jetzt wieder ein Ministerium. Der Premierminister, der Senator Combes, ist Radikaler, Präsident der demokratischen Unions in der Kammer und war schon mehrfach Vizepräsident des Senats. Er ist 67 Jahre alt, gehörte bereits dem radikalen Ministerium Bourgeois als Unterrichtsminister an und gilt für einen leidenschaftlichen Gegner der Klerikalen; im Senat war er seiner Zeit Berichterstatter über das Vereinsgesetz, wie sein jüngerer Kollege Trouillot, Millerands Nachfolger im Handelsministerium, es in der Kammer war.

Die nach dem Premier interessanteste Persönlichkeit des neuen Ministeriums ist unstrittig der neue Finanzminister Rovier. Es hat Mühe gekostet, ihn zur Übernahme des Portefeuilles zu bewegen, und das "radikale" Ministerium musste gleich von seinem Anfang an die radikale Programmforderung der Einkommenssteuer ausschütten, um dem reaktionären Rovier den Eintritt in das Ministerium zu ermöglichen. Aus welchen Gründen das Ministerium Combes solch entscheidenden Wert auf die Mitwirkung des alten Panamisten Rovier legte, ist nicht zu erkennen. Rovier hat seit seiner heilsamen Bloßstellung im Panamastwindel seinem Kabinett mehr angehört, nachdem er damals fünf Jahre lang in drei Kabinetten als Finanzminister fungiert hatte und sogar einmal, während des Voulangerswindels, Premierminister gewesen war. Nach bald 10 jähriger politischer Verbannung lehrt Rovier jetzt wieder ins politische Leben zurück; er, der seiner Zeit nur durch das besondere Eingreifen der Kammer dem Strafrichter des Panamistenprozesses entgangen ist. Wohl möglich, daß dem neuen Ministerium, das auch über den Humbert-Schwund in der Kammer wird reden müssen, die Teilnahme eines so intimen Sachverständigen in allerlei finanziellen Hinsicht wertvoll gewesen ist.

Ein neidischer Zufall führt es, daß Herr Rovier mit dem ehemaligen Berichterstatter über die Panamawirtschaft in der Kammer, Vallé, zusammentrifft. Dieser Hüter der bürgerlichen Sitten und Moral ist jetzt Justizminister, und die Humbert-Leute können sich jetzt auf die Konkurrenz berufen, die weiland die Panamistenklammer gegen die Panamaleute in weitgehendstem Maße geöffnet hat.

Vom Kabinett Waldeck-Rousseau sind Kriegsminister Andros und Minister des Auswärtigen, Delessis, übernommen worden.

Der Radikale Pellecan hat das Marineministerium übernommen. Ursprünglich war er für das Arbeitsministerium bestimmt gewesen; aber nachdem Rovier darauf bestanden hatte, daß die geplante Verstaatlichung der Werften fallen gelassen werde, zog er sich in das ungefährliche Marineministerium zurück. Pellecan ist vor einigen Jahren besonders bekannt geworden durch einen Bericht an die Kammer, in dem er auf die große Stärke Frankreichs hinweist, auf die Bürokratie der Republik, die unter allen Regierungen und Ministerien dieselbe bleibt, so daß ein durchgreifender Systemwechsel überhaupt nie einzutreten könne. Er hat jetzt Gelegenheit, mit diesem bürokratischen Teufel zu brechen; ob er es freilich fertigbringen wird, ist eine andere Frage, und sein Rückzug in der Frage der Verstaatlichung der Werften wirkt nicht eben vielversprechend.

Die übrigen Namen sind weniger bedeutend. Im ganzen ist das Kabinett eine ziemlich einheitlich zusammengehende Regierung der Radikalen; fast noch um einige Nuancen radikaler als das ehemalige Ministerium Bourgeois, das 1896 zum Rücktritt gezwungen wurde. Das "positive" Programm der Regierung bewegt sich im wesentlichen auf antiklerikal. Linie: Die Auflösung des Kongregations und die Verabsiedlung der Schule begünstigende Gesetzes Falloux und die rücksichtslose Durchführung des Vereinsgesetzes prangen an der Spitze des Programms; weiterhin wird als programmatischer Ballast die zweijährige Militärdienstzeit und die Steuereform mitgeführt. Letztere ist seit Jahren eine Krise für alle Ministerien, das Budget bedarf dringend der Sanierung, und keine Regierung wagt sich ernstlich an eine Reform der durch und durch veralteten vier direkten Steuern heran. Die progressive Einkommenssteuer wird von der französischen Rentierklammer als ein "sozialistisches" oder "kollektivistisches" Experiment verabschaut.

Zusätzlich das neue Ministerium bereits in seinem Aktionsprogramm durch die Ausladung des progressiven Einkommenssteuer eine beruhigende Bürgschaft seiner Gütekunst gegeben hat, wiewohl es Pellecan, der als gefährlicher Gegner der Ehenhahngesellschaften bekannt ist, im Marineministerium festgestellt und nur die Verstaatlichung "gewisser" Bahnen in sein Programm aufgenommen hat, wird es dennoch von der reaktionären Bourgeoispreise als "Kampfministerium" verschrien. Umgekehrt begrüßen die ministeriellen Sozialisten das Ministerium trotz seiner programmativen Unsicherheit und Wahnsinnigkeit, und Juarez' Peite République verspricht dem Ministerium Combes noch kräftigere Unterstützung als dem Ministerium Waldeck-Rousseau — vorausgesetzt, daß es sein radikales Programm auch durchführbar.

Es wird abzuwarten sein, wie viel oder wie wenig die Juaredisten unter Durchführung des radikalen Programms versuchen. Die bisherigen Leistungen des Kabinetts scheu nicht sehr aktionsfähig aus.

Bon neuem Nachrichten verlautet noch:

Paris, 8. Juni. Combes ernannte seinen Sohn, den Militärpräfekten Müller, zum Generalsekretär des Ministeriums des Innern, so daß sich die Berufung eines besonderen Staatssekretärs erübrigt.

Der neue Justizminister Vallé erklärte in einem Interview mit einem Mitarbeiter des Echo de Paris, daß er entschlossen sei, den Generalprokurator Vulot wegen seiner Nachlässigkeit in der Humbert-Affäre seines Amtes zu entziehen.

Deutsches Reich.**Parlamentskriege.****Aus dem preußischen Landtage.**

H. Berlin, 7. Juni. Im Abgeordnetenhaus machte heute vor Eintritt in die Tagesordnung der Präsident v. Schröder Mitteilung von dem Stand der Geschäftslage. Die Regierung beabsichtigt, die Session am 14. d. M. zu schließen; sie legt nur noch Wert auf die Erledigung der Polenvorlage und des Ausführungsgesetzes zum Fleischbeschau- und Schlachtwiegegesetz; für wünschenswert hält sie auch noch die Verabschiedung der Novelle zum Vergesetz und der lex Adicis. Dieser Stoff kann in einer Woche sehr wohl aufgearbeitet sein.

Der wichtigste Beratungsgegenstand war die dritte Lesung der Polenvorlage. Eine Debatte fand nicht mehr statt, da weder die Polen, noch die "nationalen Parteien" es für möglich hielten, sich gegenseitig zu überzeugen. Die Taktik der Polen war darauf gerichtet, die Verabschiedung der Vorlage möglich lange hinauszuschieben. Das wäre ihnen auch, da

dos Haus schwach besetzt war, zweifelsohne gelungen, wenn ihnen nicht ihre Freunde, die Herren vom Centrum, das Konzept verdorben hätten. Eine Abstimmung der Beschlussfähigkeit ist im Abgeordnetenhaus geschäftsordnungsmäßig ungültig; um eine solche zu konstatieren, muß die Auszählung oder eine namentliche Abstimmung erfolgen. Die Polen beantragten zwar die namentliche Abstimmung, aber der Antrag wurde nicht genügend unterstützt, da die etwa hundert Mann starke Centrumstraktion bis auf ein halbes Dutzend Abstinenter durch Abwesenheit glänzte. Erst, als das Gesetz mit großer Mehrheit angenommen war, marschierten die Streiter für "Wahrheit und Recht" in den Saal; sie hatten sehr erstaunt, daß schon alles vorbei war. Geglückt hat ihnen niemand, daß nur ein Urteil vorlag, denn ihr Verhalten entsprach durchaus der Laiheit, mit der sie sich in allen Städten der Verhandlungen der unterdrückten Polen angemessen hatten.

In zweiter Lesung nahm das Haus sodann den Gesetzentwurf betr. Änderung einzelner Bestimmungen des allgemeinen Vergesetzes an. Die Denkschrift über die zur Errichtung landwirtschaftlicher Betriebslagerhäuser bis Ende Dezember 1901 bewilligten und verwendeten Beiträge wurde durch Neintnahme für erledigt erklärt, nachdem das Centrum und die Konservativen sich für eine weitere Förderung der artiger staatlicher Maßnahmen ausgesprochen.

Zum Schlus beriet das Haus eine große Zahl von Petitionen, unter denen nur die einzige Grundbesitzervereinheit. Änderung des § 9 des Einkommensteuergesetzes Erwähnung verdienten. Die Herren forderten, daß auch die von dem Grundbesitz, dem Bergbau und Gewerbebetrieb zu entrichtenden Kommunalsteuern von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden dürften. Die Petitionen wurden der Regierung zur Verabsichtung überwiesen.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Posen, 7. Juni. Der Redakteur v. Slupz vom Wissblatt Komar (West) wurde heute nachmittag von der Strafammer wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

* Berlin, 9. Juni. Die Regierung hat auf eine Entscheidung des Reichstags über die ostafrikanische Centralbahn noch vor der bevorstehenden Vertagung verzichtet, weil die Aussichten für diese Vorlage sich inzwischen nicht gebessert haben. —

Die an der Berliner Universität studierenden Frauen haben beim Senat den Antrag gestellt, diejenigen Frauen, die das Reifezeugnis besitzen, in gleicher Weise wie die männlichen Studierenden zur Immatrikulation zugelassen. —

Die Geschäftsbuchungskommission des Reichstages hat die Genehmigung zur Strafverfolgung in der Privatallagesache des Abgeordneten Demming (freil. Vp.) gegen die Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg und Raab (Ant.) für die Dauer der Session verfagt. —

Die Zuckersteuerkommission hat Sonnabend mittag den Bericht festgestellt und den Abgeordneten Speck zum Berichterstatter ernannt. —

Der deutsche Kaiser wird, wie nunmehr endgültig festgestellt ist, am 8. August mit dem Baron in Revel zusammenzutreffen und mit ihm den russischen Marineministern bezothen. —

Neben einem Todessall, der sich in dieser Woche auf dem Überiger Übungsgelände zugetragen hat, ist, wie aus Potsdam gemeldet wird, vom Kaiser Bericht eingefordert worden. Der Gefreite Benler ist mit großen militärischen Ehren in Storkow beerdigt worden.

Die synodale Heilsarmee macht auch vor den Mauern des akademischen Bürgertums nicht Halt. Es ist den Freunden der Berliner Synode aufgefallen, daß die Studenten an Sonn- und Feiertagen sich mehr des Renommierbummels als des Kirchganges, mehr des Besuchs des Frühstückspens als des Gottesdienstes beschäftigen. Und da die Freiheitigkeit zur Zeit in der Reichshauptstadt hohe Worte ist und die Verkommenstrebbungen von oben her befürdet werden, so blieb es nicht bei dem synodalen Gepläde, sondern es kam zu amtlichen Ermächtigungen, und der Universitätsrichter mußte die Vertreter von Corps, Vierchenhäusern, Landsmannschaften und freien Verbündungen, kurz, von allein, was Couleur trug und Couleurzwang ausübte, vor sich laden und über ihre intimsten Vier- und Geheimnisse verhören. Die läppische Sitten des Couleur- und Renommierbummels und der Frühstückspens der Studentenmägen wurden einer amtlichen statistischen Aufnahme gewürdig, um die fromme Entrüstung der Herren Synoden — und wohl auch die fidele Erinnerung an eigene Jugendjahren — kräftig zu beleben.

Nun wissen wir zwar nicht, von wannen der plätzliche Verkommenstrebbung der Synoden kommt. Unsere rausenden und sassenen Menschenjüge werden meist um so treuere Staatsstühle, je mehr ihr Vierchen von innen alkoholisch verfeilt und von außen mit Schnissen verstopft und verhauen ist. Nach den Wirkungen in deutschen Beamtenkreisen zu schließen, ist das Vier ein eminent staatserhaltendes Getränk, und ein solennier Frühstückspen hat mindestens dieselbe beruhigende Wirkung auf die jugendlichen Gemüter als die salbungsvolle Sonntagsvormittingsspredigt. Der Alkohol thut intra muros das Singen und Belen. Es fragt sich, ob es nicht angezeigt wäre, nach dem guten altpreußischen Rezept jeden nach seiner Manier — füllig werden zu lassen. Der Philister wird es durch den Kirchgang, der Buder, Studio durch den Frühstückspen, und die staatserhaltende Wirkung ist für beide Teile dieselbe. Es ist also nicht einzusehen, was eine unsichtige Leitung gegen die herz- und sienerhebenden Gewohnheiten der Herren Menschenjüge einzuwenden haben soll.

Sonst pflegt wohl die Behörde ihr scharfes Auge auf andere Vereine zu richten, die allerlei wissenschaftliche und gar sozialistische Bestrebungen pflegen. Freilich wird dort der Kopf nicht durch Vierstücke verschleppt und nicht durch Mensuren abgebräut, und der Effekt ist darum meist betrübend genug für die "Wissenschaft" wie für das Vaterland. Aber auch diese Vereine mögen den Synoden nicht gefallen, und die Universitätsbehörde hat schon öfters Veranlassung genommen, mit rauer Hand in diese Circle einzutreten. Es ist das erste Mal, daß die Behörde sich einmal die Corps und Couleurverbündungen vorknüpft. Die betroffenen Herren Studenten werden darin aber schlimmstens einen ganz feudalen Vierklapp sehen, und man wird ihnen auch bei nächster Gelegenheit bestätigen, daß sie nur ruhig weiterlaufen und weiterlaufen sollen, zu Zug und Brücken des Vaterlands, der Wissenschaft und des ewigkeitsdeutschen Idealismus.

Die Geschichte des Deutsches Reichs in Telegrammen. Den liefern Sinn der Einheitshefte in Marienburg ha-

Wilhelm II. in mehreren Depeschen enthält, die er nach der Feier verkauft hat. An den König Eduard von England telegraphierte der Kaiser, es sei nicht das erste Mal, daß britische Männer den Boden der Marienburg betreten, denn wie eine Marienburger Überlieferung sage, sei Karl Henry Bolingbroke (später Heinrich IV.) mit einer Schar von englischen Männern übergekommen und habe Seite an Seite mit den Männern des Deutsches unter Führung ihres Großmeisters gegen die Heiden gekämpft.

In der Zwischenzeit sind die damaligen Helden gute Christen geworden; die Polen gehörten fast ausnahmslos der katholischen Kirche an und sind die Lieblinge des Vatikans und des dreistlichen Centrums. Das ritterliche Eingreifen des allerkirchlichsten Königs Heinrichs IV., des Ritters Blaubart auf dem Thron der Stuart, hat also zur Bekämpfung der polnischen Helden erfolgreich beigetragen.

An den Erzherzog Eugen in Wien telegraphierte der Kaiser:

Nach Beendigung der schönen und erhabenden Feier, welche die Herren vom Deutschen Orden mit denen vom Orden St. Johannis von Gottes Altar verbunden hat, befehle ich mir, Dir von innigstem Herzen Dank zu sagen für die große und freudige Überredung, welche Du mir erwiesen hast durch Verleihung Deines Ordens. Du weißt, wie hoch ich die Leistungen der alten Deutsch-Ritter für das Gedächtnis und die Entwicklung meines Vaterlandes schätze und wie sorgfältig ich daher bemüht bin, ihre Erinnerung in der Wiederherstellung der herrlichen alten Marienburg zu pflegen und zu erwecken. Möge sie in Zukunft ein Wallfahrtsort für jeden Deutschen werden, der an ihr sein Deutschland neu beleben und stärken soll.

Die Deutschesordensritter sind vorwiegend protestantisch, die St. Johannisritter sind katholisch; beide Species sind jetzt zusammengezogen in der höheren Einheit eines hochadeligen Klubs, dessen Dasein von den geschichtlichen Verdiensten des historischen Deutschesordens um das Haus Hohenzollern zeugen soll. Es gilt also, die Hohenzollernsche Hausgeschichte auch in ihren ersten unscheinbaren Anfängen mit der allgemeinen Weltgeschichte in Beziehung zu setzen, das deutsche Reich von heute als die Vollendung aller jeweiligen deutschen Expansionsbestrebungen und die heutige Polenpolitik als den geschichtlichen Abschluß der Eroberungspolitik des Deutschesordens erscheinen zu lassen. In diesem Sinne mag es gelten, daß die restaurierte Marienburg ein Wallfahrtsort für jeden Deutschen werden möge. Nur wird man die frommen Wallfahrer zählen können.

Das Vorhandensein einer argen Korruption in der Gemeinde Charlottenburg hatte der Redakteur Joachim Gehlen seiner Zeit in der Vaterne in detaillierten Ausführungen öffentlich behauptet. Auf Grund dieser Verdachtsbildung stellten der Magistrat von Charlottenburg und der ehemalige Stadtkreisrat Ahnlow Strafantrag gegen Gehlen wegen Verleumdung, worauf die Staatsanwaltschaft prompt die Anklage erhob, der sich die Antragsteller als Nebenkläger ausschlossen. Am 28. April dieses Jahres teilte sodann die 1. Strafammer des königlichen Landgerichts dem angeklagten Redakteur mit, daß, nachdem die Nebenkläger die gestellten Strafanträge rechtswirksam zurückgezogen hätten, das Verfahren wider ihn eingestellt worden sei. Damit war aber Herr Gehlen, der darauf braunte, seine Beschuldigung vor Gericht zu beweisen, nicht gerettet. Er ließ durch den Reichsanwalt Dr. Berthauer sofort gegen diesen Beschuß Beschwerde erheben, worauf der Strafenant des Kammergerichts in der Sitzung vom 22. vorigen Monats den Beschuß aufhob, mit der Begründung, daß die Frage, ob der Strafantrag rechtswirksam zurückgenommen sei, nach Eröffnung des Hauptverfahrens der Prüfung des erlegenden Richters nicht entzogen werden dürfe, daß somit im vorliegenden Falle die Einstellung des Verfahrens wegen Zurücknahme des Strafantrages nur durch Urteil hätte ausgesprochen werden können.

Die Zurücknahme des Strafantrages ist höchst merkwürdig. Von einem Teil der Presse wird nach wie vor das Vorhandensein eines ganz niedlichen Gemeindesumpfs in Charlottenburg behauptet.

Die Zuckersteuerkommission setzte in ihrer zweiten Sitzung am Freitag nachmittag die Heraushebung der Zuckersteuer auf 12 Mrd. bezw. 10 Mt. fest. Die Minister sagten infolge dessen über die schlechte Finanzlage des Reiches, die den Ausfall nicht erklären könne, der durch die über den Vorschlag der Regierung (16 Mrd.) hinausgehende Minderung der Steuer erwähnt. Der preußische Finanzminister v. Rheinbaben erklärte, daß Deficit betrage für 1902 50 Millionen, für 1903 sei auf ein Deficit von 70 bis 80 Millionen zu rechnen. Das Interesse der Konsumanten an der Verbilligung der Zuckersteuer sei doch nicht so groß, wie der Schaden für die Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten. Genosse Bernstein entgegnete, er und seine Freunde würden an dem geringen Sache festhalten, weil er ihrem Antrag auf Verbilligung der Steuer am nächsten kommt. Daß der Konsum bei dieser Heraushebung der Steuer erheblich wachsen werde, sei in der That nicht anzunehmen. Der Ausfall an Steuereinnahmen aus der Zuckersteuer werde hoffentlich die Regierung veranlassen, zur direkten Steuereinnahmen überzugehen, und dieser Druck sei sehr erwünscht. Graf Posadowsky meinte, es sei doch besser, an alten Steuern festzuhalten, als sich über neue Steuern den Kopf zu zerbrechen. Die Bundessteuern seien nicht durchführbar, weil die Bundessteuern davon berührt werden. Gegen einen solchen Eingriff letzter Art würden sich die verbliebenen Regierungen mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen. Das Parlament sollte vor allen Dingen eine schwierige Lage nicht noch schwieriger gestalten. Unsere Schuldenlast sei im beständigen Wachsen und an eine Tilgung sei nicht zu denken, während England seine Staatschuld, die bei Beginn des vorigen Jahrhunderts 15 Milliarden betrug, bis 1850 auf 7 oder 8 Milliarden getilgt hat. Zu unseren Reichsschulden kommen aber noch die Landesschulden. Es handelt sich nicht nur um finanzielle Schwierigkeiten bei der Steuereinnahmensteuer. Es liege ein Unisierungsgedanke zu Grunde, gegen den man sich überall in den Föderativstaaten wenden müsse. Diese Klagen gegenüber dem Föderativstaatliker müssen bislang bestehen. Die Regierung wird sich, da das Plenum zweifellos der Kommission folgen wird, wohl entschließen müssen, in den lauen Apfel der erweiterten Steuerermäßigung zu beißen, da sie die Brüsseler Konvention ohne das Zuckersteuergesetz nicht haben kann.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Gier zu zwei Beilagen.

In unseren Verkaufsstellen wird

geföhrt.

BONA-Margarine

als bester Butterersatz

Konsum-Verein Stötteritz und Umgegend.

Champagner-Weißbier,

zur heißen Jahreszeit jedenfalls das erfrischendste, angenehmste und bestbekömmlichste Getränk, namentlich für

→ Frauen und Kinder, ←

nicht zu verwechseln mit der jetzt in Handel gebrachten sogenannten Champagner-Weisse, sondern wirkliches

Bierprodukt,

empfiehlt in Gebinden und Flaschen

Dampfsbrauerei Zwenkau A.-G. in Zwenkau.

Fernspr. Zwenkau 2. — Niederlage Leipzig-Pl. — Fernspr. Leipzig-Pl. 5879.

Naturheilverein L-Reudnitz-Neustadt.

Mittwoch den 11. Juni abends 1/2 Uhr im Saale des Neustädter Gasthofs Grosser Frauenvortrag Weibliche Leiden in den Wechseljahren.

von Frau Dr. Boden über: Nur Damen haben Eintritt. Eintritt frei.

5518 Nur jedoch ist auf die Verfolgung in Originalpässen mit dem ges. gesch. Waren-

15. Juni Ausflug nach Dornreichenbach-Dahlen.

Anmeldungen nimmt Herr Ferd. John in den Vereinsabenden oder in der Wohnung

2. Volkmarstdorf, Mariannenstr. 80, IV., bis Sonnabend mittag entgegen.

Wahre Mutterliebe angibt nun darin, daß den Kindern, besonders den franken, nur die erprobte gesunde Nahrung verabfolgt wird, wie als solche Garms' Leipziger Chalyssia-Hofgeries auch ähnlich anerkannt ist. Für rheumatische und schwächliche Kinder: Nährsalz-Hofgeries, man auch jedoch sehr auf die Verfolgung in Originalpässen mit dem ges. gesch. Waren-

schein „Chalyssia“, sowie bei eventuell schreinbarer Leidlichkeit mit anderen Fabrikaten, auf den eigenen lieblich-frischen Wohlgeschmack des Chalyssia-Hofgeries.

Sanitäts-Mutter „Chalyssia“. Rathausstr. 1. I. und Vorort-Gütern.

Leipziger Buchdruckerei

Aktiengesellschaft

Abteilung Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Straße Nr. 19/21.

... Telefon Nr. 2721. ...

Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Wochens. 1 Heft. Preis pro Heft 25 Pfg.

Die Hütte. Zeitschrift für das Volk u. seine Jugend. Erscheint alle 14 Tage. Einzelne Heft 5. Jedes Heft einzeln künstlich. Preis pro Heft 25 Pfg.

Konsumentenverein u. Mittelstandspolitik Preis 25 Pfg.

Sozialdemokr. Reichstags-Handbuch v. M. Schippel. Geb. 9 Mt., auch in 37 Heften à 20 Pfg.

Krach - Krisis und Arbeiterklasse von G. Bernhard. Agitationausgabe 15 Pfg.

Bürgerl. Gesetzbuch. Textausgabe 75 Pfg., sowie sämtliche Reichsgesetze, bill. Ausgaben, und Führer durch die Reichsgesetze.

Maxim Gorki, Erzählungen: und andere Novellen 20 Pfg. — Mein Reisegefährte 20 Pfg.

Kursbücher etc. Blitz-Fahrplan 20 Pfg. 50 Pfg. Ganz Leipzig für 20 Pfg. n.

Wiesbadener Volksbücher: Erzählungen hervorragender deutscher Autoren, wie Keller, Naabe, Storm u. a. Einzelband 10 bis 30 Pfg. Gediegene Ausstattung.

Sämtliche Litteratur des In- u. Auslandes wird schnellstens besorgt. Der Ankauf antiquarischer Bücher wird vermittelt. Bibliotheken werden für event. Neuanschaffungen Vorschlagslisten bereitwilligst zugestellt.

Bestellungswörter werden regelmäßig besorgt. Alle Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Photograph

Pinkau & Leipzig

Aufnahmen: Sonn-

von 9-5 Uhr.

Atelier
Gehler

Turnerstr. 11.
u. Wochentags

Bücher kaufen und liefern Krüger & Co., Kurprinzestr. Edt

Strohhüte

für Herren, Damen, Mädchen u. Kinder

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Dresdener Stroh- u. Filzhut-Industrie

Brühl 8, nahe der Hainstraße.

[5188]

Specialgeschäft!

Pneumatic

Laufdecken 6. — Schläuche 3.75

Nur tabellloses Fabrikat.

J. C. Max Schmidt, Seitzer

Strasse 18, I.

Sportwagen billig zu verkaufen.

Gommewich, Kochstr. 188, II. r.

Musikautomat u. 2 gr. Vogelbauer zu verkaufen.

Gotha, Blumenstr. 98, III.

Radentafel zu kaufen gesucht sowie Wagen

zu verkaufen. Lindenau, Weststr. 1, I. r.

Ein Kastenregal zu kaufen gesucht.

Kleinglockner, Elmburgstr. 45, im Laden.

taucht g. höchst. Preisen

Uhrmacher. Booker, Raut. Steinweg 88.

Einkauf v. Papierabfällen, Hadern,

Knochen, altem Eisen und Metallen.

R. Höder, Gerberstr. 9. Telefon 7887.

[5188]

Weststrasse 67, pt.

Gigarren, Cigaretten

Genossenschafts-Kaufabat

empfiehlt in großer Auswahl

Heinrich Borleis

Markthallenstr. 12, gegenüber der

Markthalle. Annonen-Annahme.

Filiale der Leipziger Volkszeitung.

Geschlechtsl.

fr. u. veralt. Fälle behandl. nach bew. Meth.

gründl., gewissenh., direkt Schmidt,

Ringplatz 4, II. 9-1, 6-8.

Reparaturen

an Uhren jeder Art, nur

strengh. folgte Ausführung

und unter Garantie bei

Gustav Kaniss

Uhrmacher, Tauchaer Straße 6.

Fahrradklarner

5196 Elisenstrasse 12.

Reparaturen

an Uhren jeder Art, nur

strengh. folgte Ausführung

und unter Garantie bei

Gustav Kaniss

Uhrmacher, Tauchaer Straße 6.

Käufe und Verkäufe.

Dauerhafte Bettstellen mit guten

Springfedern (beste Arbeit) 25 Mt.

5188 Dresden Strasse 23, Seitengeb. I.

G. Böhml, Tapezier. (vis-à-vis Bankeon).

neue u. gebrauchte Bäll.

A. Immisch, Humboldtstr. 7.

Nur Damenkleider in großer Auswahl

billig zu verl. Plagwitz, Mühlentstr. 31.

Hoch. Halbrenner Alter Amtshof 7, II. L.

Hand- u. Geschäftsw. v. b. Reich. Kirchstr. 67

Prima Laufdecken 6.50 Mt.

Luftschläuche 5 Mt. Reparaturen an Fahrrädern schnell u. bill.

Schneider & Södel, Kurzstrasse 1.

Laufdecken, Mt. 6.

Luftschläuche Mt. 3.25

mit Garantie [2577]

Sommerlatte, Pfaffendorfer Str. 13.

10 St. gebr. Singer-Nähmaschinen

sowie mehr. Schneider u. Schuhm. Maß.

billig zu verl. Mühlgrätz 20, II. 1. L.

Pracht-Bettstelle, Matratze, Ober-,

Nutbett u. Rissen, zusammen für 28 Mt.

schnell zu verkaufen. Brühl 46/48, Bördel.

Sofa, Tisch, Stühle, Kinderbettst., Wascht.,

Komm., Feldbett u. dgl. Gumb. Str. 39, pt. I.

3 Bettstellen m. Matr. bill. zu verkaufen

abends von 7 Uhr an; Elisenstr. 21, IV. r.

Rügenschränke mit Aufz.

gut erhalten. Berliner Str. 18, II. L.

Tadellos närende W. Wilson-Wisch. 1. 20 Mt.

zu verl. Voltm., Mariannenstr. 101, IV. r.

Gestern morgen 11.5 Uhr verschob schnell und unerwartet mein lieber

Mann, unser guter Vater

Gustav Adolf Ernst.

Dies zeigt hierdurch an

Minna Ernst, geb. Fliegel, im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Beerdig. Mittwoch nachm. 1/4 Uhr vom Trauerh., Lind., Alzener Str. 65 aus.

Hermann Belhardt.

[5150]

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Minna Reichardt geb.

Reissig

sage ich meinen herzlichsten Dank.

Leipzig, den 6. Juni 1902.

Minna Reichardt geb.

Reissig

5150

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Hermann Belhardt.

[5151]

gefordert von der

Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

1. Beilage zu Nr. 129 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 9. Juni 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Über die neuesten Opfer der deutschen Dänenpolitik, die zwei von der Schule relegierten dänischen Gymnasiasten in Hadersleben, berichtet der Vater des einen, Freigemeindprediger Thomsen. Nachdem er vorausgesicht, daß beide im Beitrage stets das Zeugnis „gut“ erhalten und beide Ausricht auf ein gutes Examen hatten, erzählt er, daß 20 Primaner des Gymnasiums am Himmelfahrtstag einen Aufzug in die Umgegend von Hadersleben machten. In einem Gasthofe hielt ein Primaner eine Rede, in der er in starken Ausdrücken Bismarck als „unseren Wohlthäter“ preis und ein Hoch aussprach. Thomsen und Callö fanden als Dänen keinen Anlaß, sich zu Ehren dieses seltsamen Wohlthäters zu erheben. Dann nahm Callö das Wort, um im ruhigen und bescheidenen Tone seinen Standpunkt zu vertreten, daß es besser sei, in ihrer Gegenwart nicht so zu provozieren. Der Primus schimpfte darauf in ungermanischem Ton und der Kriegsgeist der nationalen Indianer „Deutschland, Deutschland über alles!“ wurde angestimmt. Callö war bereits hinausgegangen und Thomsen folgte ihm. — Drei Wochen blieb der Streit unter den Kameraden. Dann mischte der Gymnasialdirektor Dr. Spanich sich ein. Die zwei Angeschuldigten betonten, daß sie nicht Bismarck als Staatsmann, sondern Bismarck als „unseren Wohlthäter“ das Hoch verweigert hätten. Thomsen meinte, daß es ihm doch außerhalb der Schule freisteh, ob er an einem „Hoch“ teilnehmen wolle oder nicht. Das Verhör dauerte zwei Stunden. Später fand noch eine Anklageverhandlung vor dem gesamten Lehrerkollegium statt, in der die Ausweisung von Thomsen und Callö beschlossen wurde.

Bei der Wahlmänner-Erfolgswahl zur Landtagswahl in Bayreuth-Stadt wurden 5 Liberale und 2 Sozialdemokraten gewählt. Im Bezirk Bayreuth-Land nahmen die Bauernblätter den Sozialdemokraten zwei bisher unehobene Wahlmännermandate ab. Die Wahlmänner des Kreises verteilten sich auf die einzelnen Parteien wie folgt: 137 Liberale, 85 Ultramontane und 24 Sozialdemokraten.

Ein Urteil. Die Generaldirektion der bayerischen Staatsbahnen weist in einem Erlass vom 4. Juni daran hin, daß die „Verfehlung, Verteilung oder sonstige Verbreitung von Pressezeugnissen außerordentlicher Natur — besonders auch politischer oder religiöser Natur — auf dem Dienstwege oder unter Benutzung der Dienststelle oder der dienstlichen Autorität, oder daß Auslegen solcher Druckschriften zu seitens dritter Personen in Dienststunden und vergleichbar verbietet ist, sofern nicht etwa hierfür spezielle Genehmigung der Generaldirektion vorliegt.“ — Und das hat mit ihrem Singen die Centrumspartei gehau, die in der bayerischen Kammer neulich eine große Debatte herausbeschworen, weil in einem alten Erlass den Behörden das Abonnement der Allgemeinen Zeitung und nicht einer gut katholischen Zeitung empfohlen worden war. Der obige Urteil ist offenbar die Antwort auf das Vorgehen des Kammerelements. Durch diese Verfügung wird aber der unter Centrumshut stehende christliche Eisenbahnerverband am schwersten betroffen, da dessen Organ, der Eisenbahner, meistens „auf dem Dienstwege“ und „in Diensträumen“ verbreitet wird.

Acht Jahre Gefängnis. Diese durchbare Strafe wurde dieser Tage von dem Kriegsgericht der 2. Matrosendivision in Wilhelmshaven gegen einen Seeoffizier M. wegen thätsichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, Ungehorsams, Rücksichtsverlehung und Belügens verhängt. Mit noch drei Kameraden machte er in angebrücktem Zustande auf der Straße Nadau. Ein des Weges kommender Feuermeistermaat verwies sie zur Ruhe. Anstatt darauf zu hören, verspotteten s. den Unteroffizier, sagten ihm falsche Namen und vergriffen sich thätslich an ihm. Dabei besonders hervorgeholt soll sich nun der M. haben. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu 8 Jahren Gefängnis und Auslösung aus dem Heere. Der Vertreter der Anklage hatte gegen den M. sehr hohe Buchhau beansprucht.

Eine Versteigerung von Kostkindern wird in dem gut katholischen Straubinger Tageblatt inseriert. Die betreffende Veröffentlichung lautet wörtlich:

Bekanntmachung.

Am Sonntag den 8. Juni er. nachmittags 2 Uhr werden in Mariaposching **Kostkinder** öffentlich an die Wintersitzen versteigert. Gemeindeverwaltung Mariaposching.

Kleine Chronik.

Leipzig, 9. Juni.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Dienstag das Meyer-Förster'sche Studententheater Alte-Heidelberg in Scene. Am Mittwoch gastiert Herr Anton Frank als Gesangsdirektor in der Operette Die Fledermaus. — Das alte Theater bleibt bis Sonnabend geschlossen.

Neues Theater. Sappho von Franz Grillparzer. Es hat Grillparzer viele Jahre geschadet, daß er Österreicher ist. Nachdem seine unheimliche, aber bühnentwirksame Ahnfrau, die einer litterarischen Mode, der der leidigen Schicksalstragödien, entgegenkam, mit ungeheuerem Lärm und Erfolg über alle Bühnen des „Nichts“ gegangen war, stießen seine späteren reiseren und künstlerischen Schöpfungen auf spärliche Anerkennung und nur einzelnen hervorragenden Tragödien, wie der Jananschet und der Siegler, hünenhaften Anderthalb, hatten wir es ja verstanden, daß wir überhaupt die Bekanntheit der Medea und der Sappho machen. Recht einbürgern wollten sich aber auch diese Stile nicht; Des Meeres und der Liebe Wellen blieben uns lange ebenso unbekannt als die treffliche Zübin von Tolebo, von den speziell österreichisch-ungarischen Süden ganz abgeschenkt; ja, als uns vor vielen Jahren das erstgenannte Stück von Wiener Burgtheater-Gästen vorgeführt wurde, ließ man sich zwar von dem reizvollen Spiel der Vognac als Hero fortreizen, aber die damalige Tageblatt-Kritik, auf die der Leipziger unbefehlen schwor, konnte unüberprochen das geflügelte Wort fallen lassen: Grillparzer nehme unter den Epigonen Schiller und Goethes einen so niedrigen Rang ein, daß man ihn und seine Dramen ruhig der eiselenhaften Begeisterung überlassen könne. Und das abspurende Wort konnte fallen, obgleich sogar Lord Byron in einem seiner Briefe gesagt hatte, wenn Grillparzer nicht unsterblich werde, habe er es lediglich seinem für die Bungen anderer Nationen leider unaussprechbaren Namen zuzuschreiben! Doxin hat sich nun freilich viel geändert und heute steht wohl unbedingt fest, daß Grillparzer unter den Epigonen unserer klassischen Zeit sogar den ersten Rang einnimmt. Wir haben das auch durch die heutige Aufführung im vollsten Maße bestätigt gefunden, obgleich die Besetzung nicht eben die glücklichste war. Fräulein Mancke ist wohl die einzige von unseren Darstellerinnen, die

Mit brutaler Dissenherzigkeit wird dem Volke klar gemacht, wie die christliche und gemeindliche Armenpflege für die Kinder der Armen sorgt.

Frauenburg a. M., 8. Juni. Unsere liebe Polizei hat einen neuen gründlichen Meinfall erlebt. Seit einer Reihe von Jahren ist der polizeilichen Genehmigung für unser Maiwaldfest der Passus angefügt, daß der Verlauf von Eintritts- oder Erinnerungskarten auf dem Festplatz verboten. Zwiderhandlungen würden immer mit 100 Mk. geahndet. Auch in diesem Jahre wurde polizeilicherseits das Fest wieder genehmigt unter der Bedingung, „daß am Eingange des Festplatzes oder auf demselben oder in seiner Nähe weder Eintrittsgeld erhoben, noch sogenannte Erinnerungskarten oder irgend welche sonstige, auf das Fest Bezug habende Karlen oder bildliche Darstellungen verkauft werden dürfen“. Bei Nichtbefolgung dieser Anordnung wurde eine Geldstrafe von 100 Mk. angedroht. Gegen diese Strafandrohung ließ das Weisheitsomite durch Rechtsanwalt Löwenthal Klage beim Bezirksausschuß in Wiesbaden erheben, die dieser Tage verhandelt wurde. Der Polizeipräsident motivierte sein Vorgehen damit, daß der Kartenvorlauf sich als eine Umgehung des Verbots der Erhebung von Eintrittsgeld darstelle und der Erlös für sozialdemokratische Zwecke verwendet werde. Herr Rechtsanwalt Löwenthal hat demgegenüber überzeugend dar, daß die Karten Preissergewinne seien, deren Vertrieb nicht beschaut werden dürfe; was mit dem erzielten Erlös angefangen werde, gehe die Polizei nichts an. Der Bezirksausschuß stellte sich auf den gleichen Standpunkt und hob die Polizeiverfügung auf, da sie gefährlich sei. Durch den Verlauf der Karten werde die öffentliche Ruhe und Ordnung in keiner Weise gestört.

Am gleichen Tage erlitt die Frankfurter Polizei noch einen zweiten Kleinfall mit einer Klage des Vereins zur Bekämpfung der Ublifktion, dem der Polizeipräsident die Eintragung ins Vereinsregister verbieten wollte, weil der Verein ein — politischer sei. Die politische Tendenz folgert die Polizei daran, daß er die „Aenderung der bestehenden Verwaltungspraxis anstrebe“. Der Vertreter des Vereins, Rechtsanwalt v. Etz, bestritt jeden politischen Zweck. Hellerfeil erregte es, als er erzählte, daß der Verein erst kürzlich von einem Komitee in Berlin, an dessen Spitze die Frau Reichskanzler und andere Ministerfrauen ständen, 300 Mk. erhalten habe, was doch sicherlich nicht geschehen wäre, wenn der Verein ein politischer sei. Zu dem Komitee gehörte auch die Frau Kultusminister. Der Herr Kultusminister aber hat, wie in der Verhandlung herausstellte, die Veranlassung zu dem Einspruch gegeben und das Wort von der „Aenderung der bestehenden Verwaltungspraxis“ gegeben. Auch in diesem Falle erkannte der Bezirksausschuß, daß der Klage stattgegeben und der Einspruch gegen den Eintrag in das Vereinsregister als unbegründet zurückzuweisen sei. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß weder aus den Sachen, noch deren Form und Stil, ebenso wenig aus dem bisherigen Auftreten des Vereins gefolgt werden könne, daß er politische Zwecke verfolge.

München, 7. Juni. Wie es zu erwarten war, hat die weitere Verhandlung des Staats der Bergwerke in der Abgeordnetenkammer zu einer gründlichen Abrechnung mit der Regierung geführt. In der heutigen Sitzung nahm sich zunächst Dr. v. Holler (Soz.) den Finanzminister vor und stellte ihn darüber zur Rede, daß die bayerischen Staatsgebäude, die unverschämte Preisstreberei zur Zeit der Kohlemot im Jahre 1900 mitgemacht haben. Er verlangte namentlich Auskunft über das Verhältnis der Grubenverwaltung Weissenberg zu der Oberbayerischen Bergwerksaktiengesellschaft, der durch ein unbegreifliches Entgegenkommen des Staates eine Art Monopolstellung in Südbayern eingeräumt ist, allerdings ist es ein offenes Geheimnis, daß sich eine Anzahl Aktien dieses mit ungeheuren Gewinnen arbeitenden Unternehmens in den Händen hoher Persönlichkeiten befinden. Der Minister mußte zugeben, daß er dem Steigen der Kohlenpreise gefolgt war, suchte dies aber mit der Bemerkung zu entschuldigen, die Produktion der Staatsgruben sei relativ so gering, daß das Festhalten an den niedrigen Preisen keinen Einfluss auf den Kohlenmarkt hätte ausüben können. Gleichzeitig gestand er zu, daß ein Nebeneinkommen mit der Oberbayerischen Aktiengesellschaft besteht, das er vorzüglich als „Majoneintelung“ bezeichnete. Den Wunsch, die staatlichen Werke sollten ihre Produktion in erster Linie unter Umgehung der Händler an Konsumvereine und Einlaßgenossen-

schaften abgeben, könne er nicht erfüllen, da dies für den Staat nicht die Garantie eines gesicherten Absatzes bietet. Von sozialdemokratischer und ultramontaner Seite wurde dieses Verlangen jedoch nachdrücklich wiederholt; auch verlangte unser Redner einen weiteren Ausbau der Wasserstraßen-verbesserungsverwaltung des bayerischen Staates.

Bei den Ausgaben für die Besoldung der Bergbeamten sprach Abg. Ad. Müller (Soz.) die Bergarbeiterfahrt in Weissenberg. Dem dortigen Bergmeister Ströhle ist die mächtig aufblühende Bergarbeiterorganisation seit jeher ein Dorn im Auge. Als nun gar durch das neue Berggesetz die Bildung von Arbeiterausschüssen vorgeschrieben wurde, scheiterte Mann aller Verstand verloren zu haben. Er suchte zunächst durch allenthalben ungewöhnliche Mittel die Wahl des Arbeiterausschusses zu hindern und — als ihm dies nicht gelang — wenigstens zu beeinflussen. Die vorzüglich organisierten Arbeiter aber ließen sich in ihres Rechtes nicht beirren und wählten sogar noch zwei gewöhnliche Arbeiter zu Vorsitzenden des Ausschusses. Dieser wurde nun in der unglaublichesten Weise schikaniert und sogar beohrte, in der Erfüllung seiner gesetzlichen Obliegenheiten zu hindern versucht und da auch dies erfolglos blieb, wurden die beiden Vorsitzenden einfach auf die Straße geworfen. Diese „praktische Sozialpolitik“, die in allen Kreisen heftigste Entrüstung erregte, sprach unser Abgeordneter mit so leidlichem Sarkasmus, daß de: Minister in helle Wit geriet und antwortete, er könnte nicht zulassen, daß die Kammer zur „Ablagerungsstätte gemeiner Demagogien“ werde. Im übrigen mußte der hohe Herr jedoch zugeben, daß sich seine Beamten Übergriffe zu schulden kommen ließen, die er „unter gar keinen Umständen entschuldigen“ könnte. Es sei den Beamten „das ernste Vorgehen im Weihersholungssalle“ angedroht worden, auch habe er eine Verfügung erlassen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter unter keinen Umständen angelastet werden dürfe. Diese Versicherungen des Ministers sind natürlich keinen Pfifferling wert; sie werden am besten charakterisiert durch die Thatache, daß Beamte, die sich der flagrantesten Geheimsverleakungen schuldig gemacht haben, nur eine milde Verwarnung erhalten, während man die Arbeiter bei der geringsten Verfehlung nach Stummischem Muster brettfertigt. Die oben erwähnte „Entgleisung“ des Ministers wird natürlich am Montag noch ein Nachspiel finden, und zwar dürfte vermutlich unsere Tradition nunmehr jede Müßigkeit beiseite lassen und vor dem ganzen Lande die persönlichen Qualifikationen des Weissenberger Bergmeisters bloßstellen, der übrigens ein Proletarionkind gewisser hoher Herren ist. Dann kann die Geschichte sich den „Staatsberhauptenden“ erst noch amüsant werden.

Steine politische Nachrichten. Am Sonnabend nachmittag fand in Rom in der Villa Medici ein Säbelduell zwischen Prinetti und dem Abgeordneten Baron Franchetti statt. Im zweiten Gang brachte der Baron seinem Gegner einen starken Säbelhieb in die rechte Schläfe bei. Die Gegner versöhnten sich darauf. Das zahlreiche Publikum, welches sich vor der Villa angesammelt hatte, beglückwünschte den Minister. — In Brünn fanden gestern Strahdemonstrationen der Handelangestellten statt. Nachdem diese vor den offenen Geschäftsräumen wegen der Sonntagskrause eine drohende Haltung eingenommen hatten, mußte die Polizei wiederholt einschreiten.

Oesterreich-Ungarn.

Parlamentarisches.

Wien, 9. Juni. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der österreichische Reichsrat bis zum 14. d. M. tagen. Für den 17. sollen die Landtage einberufen werden. Die Blättermeldungen, wonach die Session des galizischen Landtages mit Rücksicht auf die Mariaenburger Rede des Kaisers Wilhelm ausfallen soll, wird als unbegründet bezeichnet. Wie weiter verlautet, erfolgt die Kündigung der Handelsverträge mit dem Ausland Ende Dezember.

Italien.

Martinius.

Rom, 8. Juni. Die Marineverwaltung besteht daran, daß die Ausgestaltung der Kriegsschiffe in großem Stil erfolge, da 16 ältere Kriegsschiffe völlig dienstuntüchtig geworden seien und die Herstellung der Unterseeboote großer Sorgfalt bedürfe.

Großbritannien.

Das Blaubuch.

London, 8. Juni. Die gestrigen Morgenblätter kommentieren das Blaubuch über die Instruktion der Offiziere und erkennen lobend an, daß der hierzu eingesetzte Ausschuß be-

des Fr. Weigels und dem Rhamnes des Herrn Vorherd war nichts auszusehen; letzterer war sogar im letzten Mittwoch energisch und wuchtig. Die Aufführung fand ebenfalls bei; die Darsteller wurden nach jedem Fallen des Vorhangs wiederholt gerufen. Ganz ungewöhnlich für solche Städte ist unser Publikum also doch noch nicht und weiß wahnschön Poetisches schon noch zu würdigen.

Eine Faustrecitation vor den Leipziger Arbeitern. Am Sonntag vormittag fand die schon vor längerer Zeit angekündigte Recitation aus Goethes Faust durch Herrn Oberregisseur Adler statt, und zwar ausschließlich vor Leipziger Arbeitern. Der Leipziger Arbeiterverein hatte auch hier, wie bei den Arbeitervereinssitzungen, Veröffentlichung, Billetsverkauf u. c. in die Hand genommen. Herr Direktor Staegemann hat das Theater zu diesem Zweck in dankenswerter Weise kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Gesang einer Recitation vor Arbeiterpublikum war Herrn Adler in der Besprechung eines früheren Vortragsabends durch die Leipziger Volksschule nahegelegt und bereitwillig von ihm aufgegriffen worden. Mit dem Arbeitervereinssitzungen wurden dann als Thema der Recitation Stücke aus Goethes Faust vereinbart, da dieser wegen seiner Aufführungsbauer u. c. nicht in die Reihe der für die Arbeitervereinssitzungen bestimmten Stücke aufgenommen werden konnten und man anderseits doch den Leipziger Arbeitern Gelegenheit bieten wollte, in die Gedankenwelt dieses teils deutlichen Dramas eingeführt zu werden. Wir dürfen hoffen, daß dieses Ziel erreicht worden ist und daß es bei dem einen und anderen zum Anlaß wird, die Dichtung selbst einmal herzunehmen. Neben den bekannten billigen Faustausgaben bei Rellam, Meyer, Hendel, sei dennoch der Leipziger einzuholen, der hier in das Verständnis einzuholen scheint. Die von Woerter kommentierte Ausgabe des Faust im Hemmelschen Verlag empfohlen.

Im ersten Teil seines Vortrags gab Herr Adler einen Überblick über den Verlauf des ganzen zweiteiligen Bühnenwerkes Faust. In sehr ansprechender und leichtverständlicher Weise mußte er vor dem Hörer ein Bild der Faustnatur zu entwerfen, wie sie im Kampf um Fortdauernde innere Steigerung des Persönlichkeitsgefüls ihre höchste endgültige Verfestigung in der sozialen Verhältnisfindung findet. Auf freiem Grund mit freiem Volk zu stehen, das ist das Zukunftideal, in dessen Vorgefühl Fausts nicht zu füttigenes Vorwärtsstreben das Ziel erkennen sieht, zugleich der Augenblick, da der Tod sich an Faust heranwagen darf und der Teufel seine Wette

sich im griechischen Gewande wohl fühlt und in Pose und Gesten griechisches Maß und griechische Plastik zu währen weiß; ihrer Sappho kam es zu gute, daß sie noch Verse zu sprechen verfehlt, mit denen hinzutage nur noch wenige Darsteller fertig werden und vor denen sich die meisten wie vor Feuer fürchten. Sie würde uns in noch höheren Grade befriedigt haben, wenn ihre Bedeutung überall eine stimmgemäße und richtige gewesen wäre und wenn das höhere Altemholen sich nicht lädiert bemerkbar gemacht hätte, noch dazu oft an sehr unpassender Stelle. Man muß eben auch lernen, mit der Stimme weise hauszuhalten und dieses Gesetz gilt nicht bloß für den Sänger. Da aber Fräulein Mancke sowohl für die heitere Hälfte wie der über die Jahre der ersten Blüte hinausgebliebenen Dichterin, als für den Argwohn, die Empörung, den Stolz und die schlichte vornehme und edle Resignation die rechten Töne zu finden wußte, konnte man die Gesamtleistung als eine klötige und unter den dermaligen Bühnenverhältnissen sehr dankenswerte bezeichnen; man ist nicht mehr verwöhnt und geneigt, eher zu misde als zu schroff zu urteilen. Neben Fr. Mancke behauptete sich Herr E. Eitel als Phaon mit recht gutem Gelingen. Gerade ihm „liegen“ die alten griechischen Jünglinge so wenig als möglich, aber er entwidelt die Kraft sowohl als Feuer, obgleich es ihm nicht vollständig gelang, die Belebtheit der geistvollen Dichterin für den jugendlichen Phäsielunter völlig glaubhaft zu machen. Allerdings haben die großen Dichterinnen aller Nationen bei der Wahl ihrer Lieblingsdichterin oft einen sehr fragwürdigen Geschmack bewiesen, aber in der Tragödie muß der Grettum der Heldin ein verzweifelter sein, wenn sie nicht an Sympathie verlieren soll und Herrn E. Eitel als Phaon würde, wenn keine Melitta dagewesen wäre, eben die „bitter-blühende Jugend“ irgend einer anderen Slavie der jüngstänlichen Vollreife Sapphos vorgezogen haben. Am wenigsten geeignet für ihre Rolle war jedenfalls Fr. Vane; ihre Melitta war keine Griechin, nicht einmal eine Grillparzerin, und nutzte von vornherein Melition heizen, wie ihr Phaon einige Male nennt. Das war ein zärtliches, sentimental-gerüsliches Marzipanfigürchen ohne Kraft und Saft und sie hätte den Dichter gewiß nicht von seiner Abneigung dagegen fürchten können, seine eigenen Stücke auf den Brettern zu sehen. Fr. Vane sollte mit solchen Aufgaben verfehlt werden, die nur unzureichende Zweiteilung an ihrer doch unlesbar vorhandenen Begabung für eine große Kategorie moderner Rollen erwidern können. An der Sappho

schlossen hat, Reformen einzuführen. Morning Leader stellt fest, dass Roberts bei seinem Weggang von Südafrika keinerlei Verfassungen hinsichtlich des Krieges getroffen habe. Daily Mail ist der Ansicht, dass radikale Reformen für die Offiziere der englischen Armee notwendig sind und dass die Beförderung derselben nicht, wie bisher, durch Protestion, sondern auf Grund persönlicher Verdiente erfolgen müsse.

Der Krieg in Südafrika.

Nebengabe der Buren.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Pretoria vom 7. Juni gemeldet: Der ganze Stab der Transvaalregierung, die zuletzt ihren Sitz in Mafeking hatte, hat sich mit ihrer aus 50 Mann bestehenden Bedeckung ergeben. Die Nebengabe der Buren in Standerton am 5. und 6. d. Ms. wurde von Louis Botha beansprucht und ging in vollkommener Ordnung und mit militärischer Präzision vor sich. Hamilton gab in einer kurzen Ansprache der Bewunderung, welche die ganze britische Nation für den von den Buren geführten gewaltigen Kampf fühle, und der Hoffnung Ausdruck, dass die Burghers treue Unterthanen des Königs werden. Aus Wolvrae wird dem genannten Bureau vom 5. d. Ms. gemeldet: Banniels und Vandernerves Kommandos haben sich heute dem General Elliot ergeben, der ihnen mit seinem Stabe entgegen gegangen und sie auf freiem Felde in der Nähe von Bredfort Station traf. Der General gab den Buren in einer Ansprache Erklärungen über die Art, wie in der nächsten Zeit für ihren und ihrer Familien Unterhalt gesorgt werden solle, und ritt dann in Begleitung Dewels nach der Station, wo die Buren, die zu Pferde folgten, die Waffen niederlegten; im ganzen ergaben sich 185 Mann mit 157 Gewehren. Der General verließ dann noch ein Telegramm des Königs, in welchem dieser den Buren eine glückliche Zukunft wünscht. (1) In Middelburg (Transvaal) legten 440 Männer die Waffen nieder, ließerten ein Pompon-Geschütz mit der Munition aus und gaben auch das Besteck einer Haubine und eines Maxim-Geschützes an. In Standerton legten 289, in der Kapkolonie 255 Mann, unter letzteren 219 Aufständische, die Waffen nieder.

Wie die Birmingham Post erfahren haben will, fanben Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und Minister Küpper über den Status von Krüger, Wessels, Molitorus und Förster statt. Die britische Regierung garantierte ihnen sicheres Geleit in die Heimat und hat in Anbetracht von Krügers hohem Alter und seiner angegriffenen Gesundheit auf die Auszeichnung der britischen Souveränität seilens Krügers verzichtet. Nach einem Telegramm aus Rotterdam gaben Krüger und Dr. Leyds die endgültige Erklärung ab, dass sie den Frieden verweltern und in Europa bleiben wollen.

Aus der Partei.

Zur bayerischen Wahlrechtsreform. Genosse Bebel sendet der Münchener Post eine Erklärung, in der er sagt: „Dass meine Ausführungen vielfach mit denen des Genossen Parbus übereinstimmen, ist kein Grund, dieselben für verfehlt zu erachten. Glücklicherweise sind wir in Deutschland noch nicht überall so weit, dass eine Ansicht von vornherein als stigmatisiert angesehen wird, weil sie auch von einem „russischen Sozialrevolutionär“ geteilt wird. Bekanntlich haben auch andere Parteiältere als die Paribusche Korrespondenz und die Neue Zeit ähnliche Urteile über die Taktik der bayerischen Landtagsgenossen gefällt.“

Bebel behält sich eine ausführliche Entgegnung auf die gegen seine Ausführungen gemachten Einwände bis nach den Verhandlungen des bayerischen Parteitags vor.

g. Nürnberg, 8. Juni. Der Freisinn als Schärer des Nürnberger Parteizwists. Wie in Nummer 119 der Leipziger Volkszeitung berichtet wurde, hat der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg, Genosse Rudolph, den Redakteur des freisinnigen Fränkischen Kuriers wegen verleumderischer Bekleidung verklagt, weil das Blatt in einer ungeblich aus „sozialdemokratischen Kreisen“ stammenden Zuschrift durchblättert ließ, dass auch Rudolph zu denen gehöre, die in den Nürnberger Parteizwistgleiten Artikel für den Kurier geschrieben haben. In dieser Sache wurde am Sonnabend vor dem Sächsamt verhandelt. Hier wurde der freisinnige Redakteur, Max Veren, sehr kleinlaut und erklärte sich zur Abgabe folgender Erklärung bereit:

Wie bekannt, hat Herr Redakteur Rudolph, der erste Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins Nürnberg-Albvorstadt, sich durch einen Artikel beleidigt gefühlt, welcher in Nummer 261 des Fränkischen Kuriers als Zuschrift aus sozialdemokratischen Kreisen erschienen

gewonnen zu haben glaubt. Aber wie das soziale Ideal nur den gefundenen Boden für immer neues Schaffen und Ringen der Menschheit bilden soll, so ist auch Fausts höchster Lebensaugenblick weit entfernt von jenem Wunsche, sich verbürt auf ein Faulbett zu legen, dem Wunsche, bei dessen Lautwerken der Teufel die Wette wirklich gewonnen hätte. Goethe führt dann am Schlusse seines Dramas den Gedanken der Erlösung des Menschen durch immer vorwärtsstrebendes Bemühen und durch die Vereinigung in hingebender Liebe in einem großen allegorischen Gemäld, Fausts Himmelfahrt, aus. In der Weise der mittelalterlichen Mystiker und in Anlehnung an die Aufzähllungswelt des katholischen Christentums gedichtet, behält dieser leichte Abschnitt des Faustdramas für den modernen Menschen immerhin etwas Befremdbenes, um so mehr, als auch der größte Dichter „Unbekreißliches“ natürlich nur „unzulänglich“ zu beschreiben vermugt. Die Allegorien, Gleichnisse, kirchliche Reminiszenzen wuchern also spät, und auch die sprachliche und fühlstilistische Gestaltung tritt hinter den übrigen Teilen des Dramas zurück. Um so verstaunlicher erscheint es uns, dass Herr Adler gerade auch diesen Abschnitt in seine dem Einleitungsvortrag folgende Recitation zog. Deut' neben dem Prolog im Himmel aus dem ersten Teil der Fausttragödie, brachte Herr Adler den ganzen letzten Akt des zweiten Teils zur Wiedergabe. Die gewaltige Wirkung, die die Schilderung von Fausts Greisenalter, Erblindung und Tod bei dem Hören auslöste, wird aber sehr durch die Anstrengung, in das Museum von Faustens Verklärung einzudringen, gebäumt. Hier muss vor allem die Musik zu Hilfe kommen, wie denn auch erst in der Schumannschen Komposition die Verklärungsszene zu läufigem Leben erwacht. Ebenso hätten wir gerne den der Höroblegabe nachgebildeten Himmelsprolog gegen einzelne Städte aus dem ersten Teil eingetauscht. Vielleicht wäre der Hörer durch ein Stück des Faustmonologs, den Osterspaziergang und den Abschluss der Wette zwischen Faust und Mephisteopheles noch besser in die Faustdichtung eingeführt worden. Auf jeden Fall aber haben wir die Aussicht des letzten Aktes der Fausttragödie mit der oben gemachten Einschränkung begrüßt. Der Kampf zwischen alter und neuer Zeit, wie er der Epilog von den beiden Alten, Philemon und Baucis, zu Grunde liegt, die Seeräuber des Mephisteopheles, Faustens Schiffskapitän, — der auch schon das Programm der Weltpolitik faunte:

Man hat Gewalt, so hat man Recht
Man fragt ums Was und nicht ums Wie,

war. Er hatte darin den Vorwurf gefunden, dass er der Verfasser von sozialdemokratischen Einladungen an den Frankfurter Kurier gewesen sei. Wir erklären hiermit, dass wir nicht den geringsten Anlass haben zu der Annahme, dass Herr Rudolph der Verfasser derartiger Einladungen gewesen sei und dass es uns auch ferngelegen hat, eine derartige Behauptung aufzustellen. Wir bedauern, wenn durch die Fassung des Artikels der Anschein hervorgerufen worden ist, dass wir eine derartige Behauptung hätten aufstellen wollen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass vorstehende Erklärung in folgenden Blättern erscheint, welche sich auch mit dem ersten Artikel beschäftigt haben: Frankfurter Zeitung, Frankfurter Kurier, Frankfurter Morgenzeitung-Nürnberg, Nordbayerische Zeitung-Nürnberg, Nürnberger Volkszeitung, Nürnberger Anzeiger, Stadtzeitung-Nürnberg, Freisinnige Zeitung-Berlin, Münchener Neueste Nachrichten, Augsburger Abendzeitung, Bayerischer Kurier-München. Max Veren.

Man muss nun abwarten, ob das freisinnige Blatt die empfangene Lehre beherzigen und die bisher von ihm geübten Verdächtigungen der an der Spitze unserer Bewegung in Nürnberg stehenden Genossen einstellen wird.

Bom Parteihaus.

Im Monat Mai gingen bei dem unterzeichneten folgende Parteibetriebe ein:

Altona-Ottensen, von Formstechern 15 Proz. d. Tagelohns am 1. Mai 12.80. Altona, v. d. Arb. am Bau d. Tapetenfabrik Hanja-Zeven 15.— Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 180.— 2. Kr. 600.— 3. Kr. 1000.— 4. Kr. Ost 3000.— 4. Kr. Südost 1000.— 5. Kr. sozialdemokratischer Verein 150.— 6. Kreis 3000.— 6. Kr. Schönhauser Vorstadt 2000.— Diverse Beiträge 284.80 M. Bant i. Oldenb. für Belgien 50.— Vielesfeld, vom deutschen Holzarbeiterverband durch E. A. für Belgien 50.— Bernsbach i. Erzgeb. für Belgien 3.00. Bamberg, vom Gewerkschaftsrat für Belgien 10.— Breslau, sozialdem. Verein 60.00. Bremen, vom Gewerkschaftsrat für Belgien 30.— Bromberg, für Belgien durch P. St. 7.50. Bant-Wilhelmshaven 1. Quartal 1902 98.— Bern 50.— Bodum 45.15. Dresden, Merkur 5.— Fallersleben (Oberschl.) 2.— Forst i. L. Parteibetrag 200.— Friedrichshagen, ein armer Teufel 5.— Gotha, durch den Vertrauensmann 60.— Gießen, E. A. 10.— Hördt i. W. 9.00. Hamburg, vom Sängerburg durch R. 500.— Hamburg, 3. Wahlkreis 3000.— Hastedt bei Bremen, v. Parteigenossen 10.— Hamburg, v. Gewerkschaftsrat für Belgien 341.97. Hamburg, 1. Wahlkreis 3000.— Harburg a. Elbe 17.— hanau, Wahlkreis 200.— Hohenstein-Ernstthal, für Belgien gesammelt 11.65. Hamburg, Expedition des Echo 46.50. Hagen i. W. Lingenau 3.— Königsberg i. Pr. Parteibetrag 100.— Ludwigshafen a. Rh. von Kestelmann für Belgien 10.— Lübeck, Parteibetrag 500.— Mannheim 20.50. Magdeburg, durch die Volksstimme für Belgien 176.90. Mannheim, von H. M. für Belgien 20.— Meerane 17. sächs. Wahlkreis 50.— Mannheim, sozialdem. Verein 200.— München, Waldläufer 5.— Nürnberg, Marcel 2.— Nürnberg-Albvorstadt, sozialdem. Verein 20.— Nürnberg, J. G. S. 5.— Offenbach a. M. von Guttmann für Belgien durch M. Altenburg 5.— Ohlau-Strehlen 2.50. Riesnitz im 3. südlichen Wahlkreis 2.50. Quedlinburg, Arbeiter-Bildungsschule 12.25. Remscheid, vom 1. Mai-Vanopitium 2.— Rositz 273.86. Rohnsdorf, R. u. P. 6.— Rödigdorf, Gesangverein Schneeglöckchen 5.— Schmiedeberg in Sch. 2.25. Straßburg i. E. Altater 5.— Stuttgart, G. II. 10.— Stettin, für Belgien gesammelt, überwandt durch H. G. 220.70. Stuttgart 140.28. Stuttgart, für Belgien gesammelt 87.27. Solingen, durch den Kreisvertrauensmann J. 15.— Triberg, vom Arbeitervorstand 2.08. Wiesbaden, von den Tapezierern, Verband Wiesbaden, durch E. 10.— Würtemberg 100.— Zeitz-Weizenfels-Naumburg, Wahlkreis 100.—

für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 80

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Der Landtag wurde am Sonnabend nachmittags 2 Uhr im Saale der Ersten Kammer in feierlicher Weise geschlossen. Minister v. Meissner sprach im Namen des Königs in Gegenwart sämtlicher Minister und fast aller Mitglieder der beiden Kammern den Schluss des Landtags aus. Nach einem Hoch auf den König gingen „die Stände“ aneinander.

Nach den Krankheitsberichten, die seit Sonnabend nachmittag über das Beinden des Königs ausgegeben wurden, hat sich der Zustand des Königs nicht wesentlich geändert. Die allgemeine Unruhe besteht in gleicher Weise fort. Die bedrohlichen Erscheinungen von Herzschwäche, die vor einigen Tagen zu ernsten Besorgnissen Anlass gaben, haben sich nicht wieder gezeigt. Der Gesamteindruck ist deshalb weniger bejognissereggend. Die Situation wird aber nach wie vor als ernst bezeichnet.

Der Raum des Theaters hätte vom Publikum noch mehr ausgenutzt werden können. Immerhin tauchten wohl 450 Personen dem 1½-stündigen Vortrag.

h. d.

— Zum Prozess Gehger-Allinger wird gemeldet, dass sich Prof. Klinger endgültig bereit erklärt, hat die gerichtliche Erledigung aufzugeben.

Der Bühnenweteratur Heinrich Stirner, der Nestor der deutschen Schauspieler, ist heute in Leipzig im Alter von 94 Jahren verstorben.

= **Musikerstiftung.** Der verstorbenen Berliner Bankier Paul Kitzinger, der auch als Komponist bekannt ist, sowie seine gleichfalls verstorbenen Ghefrau haben eine Stiftung für Musiker und Dichter im Betrage von vorläufig ¾ Mill. M. hinterlassen. Aus den Zinsen sollen jährlichbare Unterstützungen von 1000 bis 1500 M. verteilt werden, doch kann die Summe auch bis zu 2000 M. ausgedehnt werden. Später, nach Erledigung verschiedener Legate, kommen noch 200.000 M. hinzu. Die Verteilung der Unterstützung geschieht stets am 10. November und 26. Mai eines jeden Jahres, den Geburtstagen der Testanten.

Litterarisches.

Ludwig Bräutigam. Auf dem Heimatwege. Geschichten und Skizzen. Berlin W. F. Fontane u. Comp. 1902. Preis 3 Mark.

Den älteren Parteigenossen und Lesern der ersten Jahrgänge der Neuen Welt ist Ludwig Bräutigam kein Unbekannter, sie erinnern sich gewiss mit Vergnügen der vorzüglichen kulturgeistlichen und pädagogischen Aufsätze des ausgezeichneten norddeutschen Schulmannes und Germanisten. Die vierzehn Essays

9. Juni

Das Ministerium ist infolge der Krise im Besinden des Königs in Permanent getreten.

Der lebte, heute früh 7 Uhr ausgegebene Krankheitsbericht lautet:

Sibyllenort, 9. Juni. Der König hat in der vergangenen Nacht ruhiger und länger geschlafen, als die Nächte vorher. Das Allgemeinbefinden ist heute früh ein wenig besser. Der Puls ist noch beschleunigt, aber regelmässig. Das Frühstück wurde mit gutem Appetit eingenommen.

Das Correspondenzbureau Schäffer meldet aus Sibyllenort, 12 Uhr mittag: Die Wendung zur Besserung im Besinden des Königs hält heute früh an. Prinz Georg von Sachsen wird sich morgen früh nach Posen zur Inspektionsreise zurückbegeben.

x. Das Dresdener Volkshaus, das mit einem Aufwande von rund einer halben Million von den Gewerkschafts- und Parteigenossen ins Leben gerufen wurde am Sonnabend mit einer kleinen Feierlichkeit eingeweiht. Genosse Sindermann hielt die Festrede. Alle Räume waren überfüllt. Das Einblisselement, das früher unter dem Namen Zum Schwan existierte, eignet sich für die Zwecke des Volkshauses ausgezeichnet. Es ist ca. 10 Minuten vom Postplatz entfernt, ganz in der Nähe des Westlichen Bahnhofs gelegen mit ausgezeichneten Straßenbahnverbindungen nach allen Teilen der Stadt. Es besteht aus zwei Grundstücken an der Nienburgs- und der Maxstraße. In dem dazwischenliegenden Hof befindet sich der Saal. Das Volkshaus wird von einem von den Gewerkschafts- und Parteigenossen gewählten Komitee verwaltet. Eine offene Handelsgesellschaft Friedrich & Co., Inhaber die Genossen Sindermann, Friedrich und Hoffmann, firmiert.

Wenn wir in das fünfzehn Fenster Front haltende Grundstück an der Nienburgstraße eintreten, haben wir zunächst rechts ein großes freundliches und helles Restaurant mit Eichenholz und Stühlen, hölzerner Wandverkleidung. Freudliche Malereien schmücken die Wände. Es bietet Raum für 150–180 Gäste, auch ein Billard steht darin. Selbstverständlich liegt die Parteipresse und fast sämtliche Gewerkschaftsblätter aus. Auf der linken Seite befindet sich ein größeres Vereinszimmer, ebenfalls freundlich und hell, ca. 90 Personen fassend. Der partikuläre Arbeitsnachweis der Töpfer hat darin sein Domizil aufgeschlagen, doch steht es nach 9 Uhr abends zu Verhandlungen zur Verfügung. Zwischen Restaurant und Saal, in dem sich natürlich eine besondere Bierausgabe befindet, liegt die schmucke saubere Küche nebst den nötigen Nebenzimmern: Speiselampe, Waschküche, so dass die Speisen bequem nach dem Saal wie nach dem Restaurant gereicht werden können.

Der Saal ist ein wahres Schmuckstück mit prächtiger Dekoration und geradezu verschwenderischer elektrischer Beleuchtung. Doch ist durch Anlage einer Gasglühlichtbeleuchtung dafür gesorgt, dass nicht unangenehme Überhöchungen eintreten können. Lediglich wird die Elektricität im Hause selbst erzeugt durch einen 16-pferdigen Gasmotor und entsprechende Anlage, die 400 16-fachige Glühlampen und 10 große Bogenlampen speist. Im Saal befinden sich 200 elektrische Lampen und 4 große Bogenlampen. Im Saal und auf der Galerie haben über 600 Personen Platz. Die breite Galerie dem Podium gegenüber, die ca. 150 Personen fasst, soll später durch einen anzugbringenden Rollladen zu einem kleinen Extraaal umgewandelt werden, wenn es sich als nötig herausstellt. Vor der Wand neben dem Podium grüßen die Büsten Bassales und Marx' der Kämpfer der Arbeiterklasse.

Im ersten Stock des Grundstücks Nienburgstraße befinden sich Büroräume: Die Maurer, Metallarbeiter, Tischler, Zimmerer haben schon ihr Domizil darinnen aufgeschlagen. Außerdem ist ein großes Vereinszimmer für ca. 120 Personen eingerichtet, das durch Rollläden in zwei kleinere Räume verwandelt werden kann. Mehrere kleinere Sitzungszimmer sind vorgesehen. Auch sollen im ersten Stock einige bessere Fremdenzimmer eingerichtet werden. Die oberen Etagen des vierstöckigen großen Grundstücks sind als Wohnungen vermietet, können aber natürlich, wenn sich die Notwendigkeit heraussstellt, zu Büro- und anderen Zwecken verwendet werden.

Der große Hof zwischen den beiden Grundstücken wird später zu einem künstlichen Restaurationsgarten umgewandelt werden können.

Das kleinere Grundstück in der Maxstraße soll später, wenn die dazu nötigen Räume frei geworden sind, zu Herbergszwecken Verwendung finden. Unten im Parkett befinden sich die schönen sauberen Restaurationslokale, die natürlich am Sonnabend ebenfalls eröffnet werden, sowie eine Schuhwerkstatt für den Tagesverkehr, in der es auch Groschen-Brotchen geben wird. Diese Räumlichkeiten bildeten früher eine mit rossiniertem

und Stiggen, die Bräutigam im vorliegenden schmucken Bändchen dem Publikum darbietet, sind fertigende Stoff, Erzeugnisse einer Kunst, bei der einem, um mit Motiv Carrière zu reden, wieder wohl wird. Das ist echte, wahre „Heimatkunst“, von der man heutzutage so viel redet. Drei Begründen Deutschlands, sein sächsisches Heimatdorfchen, die Gefilde Elsäß-Lothringens und das zur zweiten Heimat gewordene Marchland werden mit inniger Liebe geschildert — und der entsteht dann echtes Poem. Dem Germanisten und Kriegsfreienaden von 1870–71 hätte es leicht zu einer verhängnisvollen Klappe werden können, was er da zu erzählen hat von den unerträlichen Verhältnissen, die doch zwischen der eingeborenen deutschen und der zugewanderten aldeutschen Bevölkerung herrschten. Dabei geht er dieser Gefahr nicht vorsichtig aus dem Wege, er will es sich nicht leicht machen. Ein junger Altdänscher, der einzige seiner Zeitengen unter einer zahlreichen Kirchweihgesellschaft, wird von dieser in der verlegsten und beleidigtesten Weise genutzt und verhöhnt. Dualt ihn die Unzogenheit allein schon heftig, so um so mehr noch die Befürchtung, dass eine ihn lebhaft interessierende Elsässerin seine Juräcklung und Selbstbeherrschung für Mangel an Deutlichkeit löschen könnte. Da reicht ihm der Baden der Geduld, mit rücksichtloser Grausamkeit hält er der Gesellschaft in denkbaren Worten das Unedle ihres Gebarens vor. Er gewinnt denn auch den Sieg; man schämt sich und läuft ab davon, ihn weiter zu verunglimpfen. Im Dunkel der darauf folgenden Nacht jedoch haben sich Buben über den harmlos Heimkehrenden hergemacht, der im Krankenhaus nach langerem Leiden den Folgen dieses Nebenfalls erlagt.

In den Tagebüchlein der Elsässerin, die sozusagen die Heldin dieser Geschichte ist, lauten die grobhart verhöhlichen Schlußfeste: „Als ich nach Wochenlangem Hinbrüten und unmöglichem Brüten mich wieder zu ihrem Denken aufraffe, verfließt ich, wenn ich am Grabe des Heimgegangenen einsam weile, in die Schwäche: ich hächte meine eigenen Landsleute, es war mir, als ob sie alle, alle mit Schuld seien an dem Morde eines, als ob sie mir alle in böser Absicht mein Glück geraubt!“

„Über dann habe ich mich zum Frieden hindurchgerungen, und nicht mehr fürchtbar, sondern besiegend flang in mir das Wort, das auch vor seinem Hinscheiden in den Tiebeträumen der Verschiedene noch gesflüstert: „Das ist Euch zu Dienste geschehen, Frau Kriemhild!“

on die Bischöflichen Weisen grenzt, von einem unbekannten Menschen an einer hier wohnenden Tischlerbäuerin versucht. Der Thäter hat mit einem anderen Menschen am Wege im Grase gelegen, sich zu der Frau gesetzt und sie dann plötzlich zu Boden geworfen. Als auf das Hilfeschriften der Nebenfallen ein Arbeiter herbeieilte, ergriff der Thäter die Flucht. Leider gelang es ihm zu entkommen, obgleich ihn der Arbeiter gefangen hatte, wobei Hemd und Weste zerrissen worden sind. Auf der Flucht verlor er seinen Hut, einen schwarzen runden Filzhut ohne Futter. Dieser befindet sich in Verwahrung der Kriminalpolizei. Der Unbekannte wird geschildert: Ein 25 Jahre alter, von mittler, untersetzter Gestalt, mit fahler Gesichtsfarbe, dunklem Haar, schwarzem Schnurrbart, bekleidet mit dunklem Anzug, ohne Vorhängen. Sein Begleiter, der mit im Grase gelegen hat, soll eine weiße Mütze mit schwarzen Schild getragen haben. Wahrnehmungen, die zur Ermittlung des Verbrechers dienen könnten, wolle man ungestüm der Kriminalpolizei anzeigen.

Einen Selbstmordversuch mache heute früh in der 4. Stunde ein von hier gebürtiges, in der Neueren Habschens Straße Nr. 20 in Stellung gewesenes, 17 Jahre altes Dienstmädchen, indem es sich von einem Buge der Magdeburger Bahn überschwemmen ließ. Der Unglückschen wurden beide Unterschenkel zerstört; man brachte die Schwerverletzte noch lebend in das Krankenhaus. Der Beweggrund zu der verzweifelten That des Mädchens ist unbekannt.

Ertappt Einbrecher. In der Nacht zum 6. d. M. wurde ein 22 Jahre alter Schmelzer aus Nogas von Schuhleuten dabei ergriffen, als er in ein Konfektionsgeschäft der Tauchaer Straße eingebrochen war. Der Dieb hatte für etwa 400 Mk. Kleidungsstücke aus jenem Geschäft gestohlen und in einen Sack gesteckt. Im Besitz des gefährlichen Menschen wurden eine große Anzahl Dietrichs und Sperrholzen vorgefunden, die er einige Tage vorher aus einer Schlosserei an der alten Elster gestohlen hatte. Ein Kompliz des Einbrechers wurde einige Tage vorher bei der Verübung eines Einbruchs in einem Restaurant an der Promenade dingfest gemacht.

Bon einem plötzlichen Tode ereilt wurde am Sonnabend der in der Alexanderstraße Nr. 28 wohnhaft gewesene, 23 Jahre alte Schlosser Albin Hugo Richter während seiner Arbeit in einer Maschinenfabrik am Dößener Wege. Die Todesursache war Herzschlag.

Der Leichnam eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts wurde am Sonnabend in der Luppe aufgefunden. Die polizeilichen Nachsuchen nach der Herkunft des Kindes sind eingeleitet worden.

Meine Polizeinachrichten. Verhaftet wurden zwei siebzehnjährige Arbeitsbescherten von hier, die sich kürzlich in einem Uhrengeschäft der Südvorstadt Waren zur Ansicht vorlegten ließen und dabei eine goldene Damenuhr und eine silberne Herrenuhr entwendeten. Die Damenuhr konnte wieder herbeigeführt werden.

Am Berliner Bahnhofe wurde ein 35 Jahre alter Arbeiter aus Groß-Borkau dabei angehalten, als er mit einem Bund Stoffdraht im Werte von 60 Mk. abreisen wollte. Der Draht ist der Elektrischen Straßenbahn gestohlen worden; es erfolgte daher die Festnahme des Arbeiters.

Ein Einmieterbüro hat eine in der Vorstrasse wohnende Familie um eine silberne Montreuxuhr und verschiedene andere Effekte bestohlen. Der Unbekannte war etwa 22 Jahre alt, von mittler Gestalt, hatte volles Gesicht und trug ein braunes Jäckchen, schwärze Hose und schwarzen Hut.

100 Mk. Belohnung sind ausgesetzt worden auf die Herbeischaffung der am Sonnabend gestohlenen 300 Stückchen Erdbeerbutter und auf die Ermittlung des Diebes. Der Wagen, worin sich die Butter befunden hat, ist in der Mittelstraße wiedergefunden worden.

Ein unbekannter Betrüger brachte sich am 5. d. Mts. durch einen Schwund in den Besitz eines Fahrrads, Marke Hercules. Der Eigentümer des Rades hat auf Ermittlung des Beträgers und die Wiedererlangung des Rades 60 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Abohanden gekommen ist in L-Reudnitz ein gelber Dachshund mit weißer Brust im Werte von 50 Mk.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Dividendentafel.

Chemische Industrie: Das Gefülltergebnis der Elektrochemischen Werke Aktien-Gesellschaft in Rheinfelden, deren Aktien im Besitz der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft sind, beläuft sich auf 1450269 Mk. (im Vorjahr 1257816). Daraus werden 10 Proz. Dividende (im Vorjahr 8 Proz.) verteilt.

Die Dynamit-Aktien-Gesellschaft vorm. Alfred Nobel & Co., Hamburg, stellt für 1901 im Geschäftsjahr im allgemeinen befriedigende Ergebnisse fest. Die Beteiligungen bei anderen Unternehmungen ergaben dagegen unter dem Einfluss der Wirren in China und am Kap weniger Gewinn. Ein erheblicher Explosionsschaden in Fabrik Schlebusch wurde aus dem Betrieb gedeckt. Da die Versicherung der überseeischen Sprengstofflager teils gar nicht, teils nur zu sehr hohen Prämien möglich ist und trocken mehrfach Schadensfall abgelehnt wurde, beschloß die Verwaltung, einen eigenen Versicherungsfonds durch Einlegung eines bestimmten Betrages für jede exportierter Kiste Sprengstoff zu bilden. Es ergab sich nach 340000 Mk. Abschreibungen ein Reingewinn von 1254282 Mk. Davon erfordern 13 Proz. Dividende 170000 Mk., Rentabilität 79665 Mk. und Vortrag 4616 Mk.

Die Dresdener Dynamitfabrik, deren 725000 Mk. Aktien 1886 von der Nobel Dynamite Trust Co. in London übernommen worden sind, ergiebt 1901 nach 25000 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 124406 Mk. und kann daher seine Dividende von 10 auf 14 Proz. erhöhen.

Die Aktien-Gesellschaft Siegener Dynamitfabrik, Köln, bringt als Dividende für 1901 10 Proz. (im Vorjahr 11 Proz.) in Vorschlag.

Nahrungsmittel-Industrie: Aktien-Gesellschaft Deutsche Gelatine-Fabriken Höchst a. M. und Schweinfurt. 1901/02 stieg der Reingewinn auf 286707 Mk. gegen 260194 Mk. im Vorjahr. Hieraus gelangen 16 Proz. (im Vorjahr 15 Proz.) Dividende auf das eingezahlte Aktienkapital von 1375000 Mk. zur Verteilung.

Die Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vorm. Pahenhofer verteilt wiederum 12 Proz. Dividende.

Eine Dividende von 14 Proz. für 1901 zu verteilen ist die Aktien-Gesellschaft für Kohlensäure-Werk, Berlin, die auch im benachbarten Hemelingen ein Werk hat, in der angenehmen Lage, weil angenehmer noch als im Vorjahr, wo man es "nur" auf 8 Proz. brachte. In dem chemischen Betriebe wie in der Bentz-Habilitation wird, wie aus Arbeiterkreisen geschrieben wird, jeden Sonntag gearbeitet, ohne daß dafür eine sichtliche Notwendigkeit oder vielleicht eine besondere Motivierung der Arbeiter vorläge. Im Gegenteil sind die Arbeiter wenig von dieser Einrichtung erbaut. So haben sie beim Wechsel der Schicht eine vierundzwanzigstündige Arbeitszeit, z. B. vom Sonntagnachmittag 6 Uhr bis Montagnachmittag 6 Uhr.

Der Jahresbericht der Pommerschen Zuckerfabrik in Anklam für 1901/02 konstatiert einen Reingewinn von 21958 Mk., die Dividende beträgt 15 Proz. gegen 28 Proz. im Vorjahr.

Schließen wir hier 2 ausländische Unternehmungen an. Die Ungarische Zuckerindustrie-Aktien-Gesellschaft, Budapest. Die mit 12 Millionen Kronen arbeitende Gesellschaft, an der u. a. die Firma S. Bleichröder und die Ungarische Allgemeine Creditbank beteiligt sind, erzielte in 1901/02 einen Reingewinn von 1925008 Kronen, woraus 10 Proz. (im Vorjahr 12½ Proz.) Dividende verteilt werden.

Lisbigs Extract of Meat (Fleischkraft) Co. Ltd. Die Gesellschaft verteilt eine Jahresdividende von 20 Proz.

Textil-Industrie und Veredelung: Kolinauer Baumwollspinnerei und Weberei, Kolinau (Baden). Die Generalversammlung beschloß die Verteilung von 10 Proz. (im Vorjahr 12½ Proz.) Dividende auf 1400000 Mk. Aktienkapital.

Die Verwaltung der Vereinigten Pinselsfabriken Aktien-Gesellschaft in Nürnberg schätzt die Dividende für das am 30. Juni d. J. zu Ende gehende Geschäftsjahr unter üblichem Vorbehalt wieder auf 11 Proz. wie im Vorjahr.

Der Aufsichtsrat der Eisenbahnsignal-Bauanstalt Magdeburg u. Co. Aktien-Gesellschaft in Braunschweig schlägt neben größeren Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 17 Proz. (gegen 16 Proz. im Vorjahr) vor.

Deutschlands Außenhandel mit Nordamerika 1897 bis 1901. Das Kaiserliche Statistische Amt hat soeben als ersten der 24 Heft des Bandes 142 der Statistik des deutschen Reichs Auswärtiger Handel des deutschen Zollgebietes im Jahre 1901 (Verlag von Pustet und Rühlholtz) das Heft 19 herausgegeben; es enthält den Bericht mit Britisch-Nordamerika und den Vereinigten Staaten von Amerika im letzten Jahrzehnt.

Aus Britisch-Nordamerika bezicht Deutschland namentlich Abseits landwirtschaftliche Maschinen, Erbsen, Buchweizen, Rüben, Eisenwaren und liefert dahin besonders Rohzucker, Kleider, Schienen und anderen Eisenbahnbedarf, Kurz-, Halbseidenwaren, Spielzeug u. c. Die Einfuhr betrug 74, die Ausfuhr 26,5 Millionen Mark, d. i. gegen 1900 mehr in der Einfuhr 1, in der Ausfuhr 6,5 Millionen Mark, 15,6 v. H. für die Einfuhr und 22,5 v. H. für die Ausfuhr. Ein und Ausfuhr weisen 1901 die höchsten Werte des letzten Jahrzehnts auf. Die starke zunahme der Ausfuhr ist besonders durch die hohe Rohzucker- und Eisenwarenausfuhr veranlaßt.

Aus den Vereinigten Staaten von Amerika exportiert Deutschland besonders Baumwolle, Weizen, Mais, Schmalzöl, Leinöl, Gold, Oelfuchen, Oleomargarin, Maschinen, Baumwollantennens, Bau- und Kupfer, gesägt u. c. Fleisch, Kalf, Harzöl, Blasen, Terpeninharz, Rosinabalz, Dörrobalz, Schmiröl, Laxöl u. c. während die Vereinigten Staaten hauptsächlich Rohzucker, Taselporzellan, Halbseidenwaren, Teerfarbstoffe, Spielzeug, Farbendruckbilder, Kupferstiche u. c. Strumpfwaren, Ledershuh, Handschuhe, Hände und Felle zu Pelzwaren, Chloral, Spiken, Kalbfelle, Abramsalze, Blücher u. c. Wollstuche u. c. bezogen.

Seit 1898 stehen die Vereinigten Staaten im deutschen Handel an der Spitze der Einfalländer, während sie in der Ausfuhr jetzt an dritter Stelle und im ganzen Außenhandel an zweiter Stelle stehen. Der Specialhandel mit den Vereinigten Staaten betrug 1901 in der Einfuhr 1042,1 in der Ausfuhr 285,5 Millionen Mark. Zwei hat um 21 v. H. zu, die ist um 12,2 abgenommen. In der Einfuhrsteigerung nahmen hauptsächlich Weizen, Gold und Schmalz teil mit 104,5, 80,4 und 11,8 Millionen Mark mehr. Die Weizeneinfuhr war bedeutender als je und stärker als die Einfuhrmenge zweier aufeinanderfolgenden früheren Jahre. Der starke Rückgang der Ausfuhr ist hauptsächlich durch den hohen Ausfall bei Rohzucker (mit 50,6 Millionen Mark weniger), Strumpfwaren, Kautschuk, Cement, Ledershuh, und Halbseidenwaren veranlaßt worden. Dem Tabakentwert, welches über jed Warengruppe und Ware für das letzte Jahrzehnt Auskunft steht, gehen Erklärungen über die Entwicklung des deutschen Außenhandels mit den beiden Ländern im letzten Jahrzehnt voran.

Kohlenhändlerverband. Am 7. Juni stand in Berlin die Konstituierung des Centralverbandes deutscher Kohlenhändler statt. Den Verbänden unter anderen die Verbände Berliner Kohlen-Großhändler, Dresden-Holz und Kohlenhändler sowie die Vereine der Kohlenhändler von Hamburg, Altona, Danzig, Hannover und Magdeburg bei.

Sozialpolitisches.

Ein interessanter Unfallversicherungsprozeß. Am 1. Mai vorigen Jahres wurde der Bierbrauer A. in dem Keller der Böhmisches Brauerei in Mainz von seinem Kollegen in nachloser Weise ermordet. Die Witwe des Ermordeten, die 5 kleine Kinder besitzt, kam auf Grund des Unfallgesetzes auf Hinterbliebenrente ein, die Brauerei-Versicherung lehnte jedoch den Anspruch ab, weil der Tod des A. nicht durch einen Betriebsunfall eingetreten, sondern infolge einer Schlägerei, die aus persönlichen Gründen entstanden, stattgefunden. Die Witwe legte Berufung ein und machte geltend, daß der Tod in urfachlichem Zusammenhang mit dem Betrieb stände. Nach dem sachverständigen Gutachten in den Schwurgerichtsverhandlungen habe der Mörder an Wutansässen gelitten, dabei habe er etwas zerstochen oder zerstören müssen. Der Ermordete habe vor dem Vorfall mit dem Albert Feuerlein-Schülerteam gehabt, er sei in dem Momente der That in einem abgelegenen Keller allein beschäftigt gewesen und hier von dem Wütenden plötzlich überfallen worden. An jedem anderen Orte hätte sich A. dem Tode entziehen können. Das Schiedsgericht bejahte den urfachlichen Zusammenhang sowohl zeitlich als örtlich, d. h. während der Arbeitszeit getötet worden, infolge des an der Betriebsart liegenden abgelegenen Kellers, welcher Umstand den Mord begünstigt habe. Der Ermordete habe vorher sogar darauf gedrungen, daß er von der fraglichen Arbeit abgelöst werde. Außerdem sei keine Schlägerei vorausgegangen, sondern es habe ein plötzlicher Überfall stattgefunden. Die Witwe und deren Kinder seien von der Versicherungsgesellschaft zu entschädigen. Vorläufig wurden der Klägerin 80 Proz. zugestellt.

Gewerkschaftliches.

Zur Ausspernung im Baugewerbe. Durch das Streitbüro der Maurer in Hamburg wurde am 7. Juni folgendes festgestellt: Streikende und ausgesperrte Maurer sind 912 vorhanden, davon 588 Verheiratete und 344 Ledige. Abgesehen sind insgesamt 680, während im Laufe der Woche 119 in Arbeit getreten sind. Streitbrecher sind 5 zu verzeichnen. Zu den neuen Bedingungen haben sich 220 Maurer, wovon 158 Verheiratete mit 251 Kindern, zur Kontrolle gemeldet. In Arbeit sind 7 Maurer getreten, so daß die Zahl der ausgesperrten 218 beträgt.

Von 1618 Mitgliedern der Organisation der Hamburger Maurer befinden sich im Streik 215, ausgesperrt sind 586, zu den neuen und alten Bedingungen arbeiten 806. Unter den Streikenden resp. ausgesperrten sind 250 Ledige und 551 Verheiratete mit 1114 Kindern. Bevolligt haben 71 Firmen. Zugang hat nicht stattgefunden. Nur ein Arbeitswolliger ist zu verzeichnen.

Von den Bauarbeitern arbeiten zu den neuen Bedingungen auf 121 Bauteilen 705 Mann. Streikende sind 188 vorhanden, ausgesperrte 806. Unter diesen ausgesperrten sind auch die von Altona, Wandsbek, Ottensen, Stötting und Wilhelmsburg ausgeführten, da die Bauarbeiter für oben genannte Orte eine einsame Lohnkommission bilden.

Ein Kellnerinnenstreit. In einem Etablissement am Nymphenburger Schloß-Rondell bei München stellten am letzten Sonntag Nachmittag 50 Kellnerinnen ganz plötzlich die Arbeit ein. Der Besitzer des Restaurants glaubte, den Kellnerinnen den ohnehin nicht hohen Lohn von 50 Pf. pro Nachmittag entziehen zu können. Dagegen wehrten sich die Kellnerinnen ganz energisch und traten, als durch Unterhandlungen nichts zu erreichen war, in den Streik ein. Der Tag war dazu wie geschaffen. Saal und Garten füllten sich rasch und ungestüm wurde vom Publikum nach Bedienung ge-

rufen. Die streikenden Kellnerinnen thaten jedoch, als ob sie all das gar nichts angeinge. Sie blieben ruhig sitzen und warteten der Dinge, die da kommen sollten. Und diese passive Thätigkeit brachte ihnen schon nach einer einzigen Stunde den vollständigen Sieg!

Kellnerstreit. Die Köche und Kellner der Mailänder Hotels und Restaurants haben die Arbeit niedergelegt, um eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen; das von den Arbeitgebern vorgeschlagene Schiedsgericht haben die Ausländer abgelehnt. Zwei der Streikenden sind verhaftet worden.

Paradebergpleite auf der Düsseldorfer Ausstellung. Eine heitere Episode spielt sich nach der Münchener Post gelegentlich des Besuchs des internationalen Ausstellung in Düsseldorf seitens der Delegierten des internationalen Bergarbeiter-Kongresses in einem Pavillon einer westfälischen Bergbaugesellschaft. Genoss Reichstagabgeordneter Sachse frug einen in kleinsten bergmännischen Widsch geseilten Aufseher nach der Waschlane. Der Mann schien anfangs nicht recht zu begreifen, was damit eine Einrichtung gemeint sei und so erklärte mir Sachse, daß er selbst eine Waschlane sei. Dieser verneinte und bekannte zu unserer allgemeinen Seiterkeit, er sei kein Bergmann von Beruf, sondern ein Scherenschleifer von Düsseldorf und nur während der Zeit der Ausstellung als Aufseher angestellt. Nun ging uns ein gewaltiger Schenksleder auf, denn sämliche Aufseher in Bergmannsuniform waren wohlgenährt, kräftige Gestalten, die auf das Publikum den besten Eindruck machen. Die Herren Aktionsdelegierten damit wohl, dem Publikum über die thätsächlichen Verhältnisse der Bergleute Sand in die Augen zu streuen. Ihre wütlichen Bergleute erscheinen ihnen gewiß zu ausgemergelt, um als Staffage verwendet werden zu können; und darum greifen sie zu — Scherenschleifern.

Kunst und Klassenkampf. Die Aussperrung sämtlicher Arbeiter in der holländischen Fabrikstadt Enschede, veranlaßt vom dortigen Unternehmerverband, um die streikenden Weber der Firma Van Heek zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, verursacht in ganz Holland riesiges Aufsehen. Ganz brutal handelteweise von Unternehmern war man bisher in diesem Landchen nicht gewohnt, und das Freiheitsgefühl des niederländischen Bürgers scheint sich doch etwas verletzt zu fühlen. Einige Genossen aus Künstlerkreisen haben deshalb an alle freiheitsliebenden Künstler einen Aufruf gerichtet, etwas für die Ausgeverrenten zu thun. Der Aufruf hatte auch Erfolg. Aus Malerkreisen z. B. wurden Kunstprodukte gefordert von Joseph Israels, gegenüberliegender größter Maler Hollands, Willem Morris, Theresia Schwarze, Jan Both, Toorop, Hoerman und anderen ersten Sternen am holländischen Kunstmäntel. In Konzerten für die Ausgeverrenten traten auf: Röntgen, Frau Noorderoer-Robingius und andere. — Bis jetzt wurden 180000 Gulden für die Ausgeverrenten gesammelt.

Von Wahl und Fern.

Wieder ein ungetreuer Buchhalter.

Berlin, 9. Juni. Der Bankbuchhalter Franz Wolfa ist nach Verübung erheblicher Unterlassungen schriftlich geworden. Es handelt sich um einen Betrag von 20000 Mark.

Schulfolter.

Wegen barbarischer Misshandlung von Schülkindern in nachweislich 7 Fällen wurde am 6. Juni ein Lehrer aus Calenhorst bei Koblenz zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Unmensch habe die Kinder mit der Faust unter das Kinn geschlagen, an den Ohren in die Höhe gezogen und sie auf lantigen Holzern kneien lassen, wobei ihnen Holzfäulen auf den Kopf gelegt wurden, auf welche andere Kinder sich setzen müssten.

Duellmord.

Ein Pistolenduell hat vor wenigen Tagen zwischen zwei Studenten des Polytechnikums in Stuttgart stattgefunden. Einer der Duellanten blieb tot auf dem Platz, der andere wurde nicht verletzt. Er ist jetzt an einer anderen Stelle ebenfalls tot aufgefunden worden und soll sich selbst erschossen haben.

Erdrutsch.

Im Engpass von Urach wurde, nach einer Meldung aus Wladikawsk, durch einen Erdrutsch der Auf Kambula völlig zerstört. Das Gelände von Morne Rouge wurde mit hellem Schlamm bedeckt. Eine Anzahl Fischer werden samt ihren Booten vermißt. Man hat festgestellt, daß der Ausbruch mit dem Mondwechsel in Zusammenhang steht.

####

2. Beilage zu Nr. 129 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 9. Juni 1902.

Reichstag.

188. Sitzung. Sonnabend den 7. Juni 1902, 1 Uhr.

Am Bundesämtlich: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posseck, Frhr. v. Hammerstein, v. Kölner.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die 2. Lesung der Uebersicht zum Schluß der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel. Nach kurzer Debatte wird die Konvention unverändert angenommen.

Noch debattierter Erledigung einiger Rechnungssachen folgt die 1. Beratung des Entwurfs betr.

Aushebung des sog. Diktaturparagraphen.

Abg. Riff (Stell. Vp.): Ich hoffe, daß die heutige Regierungsvorlage einstimmig angenommen werden wird. Die Aushebung des Diktaturparagraphen wird endlich gesunde Verhältnisse in Elsaß-Lothringen herbeiführen und das Gefühl der Demütigung im Volksbevölkerung. Ohne Sang und Klang wollen wir den Diktaturparagraphen zu Grabe tragen und hoffen, daß auch der Geist, der in ihm steckt, verschwinden wird. (Bravo!)

Reichskanzler Graf Bülow: Ich danke dem Herrn Vorreiter für die entgegenkommende Art, in der er sich über den vorliegenden Gesetzentwurf ausgesprochen hat. Ich möchte aber doch gegenüber seinen Aussführungen vom Standpunkt der verbündeten Regierungen das folgende sagen: Vor 80 Jahren war doch die Mehrheit der elässischen Bevölkerung ins deutsche Reich abgewandert; sie ging nach mit alten Erinnerungen und Gewohnheiten an Frankreich. Eine solche Stimmung konnte aber nicht ohne Rückwirkung auf die Regierung bleiben. Die Gleichstellung der Reichslande mit dem übrigen Reichsgesetz erfolgte daher nur Schritt für Schritt, im gleichen Verhältnis, in dem wir wahrnahmen, daß das Vertrauen in die Neuordnung der Dinge in den Reichslanden wuchs. Um nun jeder Störung der Ordnung von vornherein entgegenzutreten, bedurfte es außerordentlicher Machtmittel, zu benennen vor allem der § 10, der sog. Diktaturparagraph, gehörte, der an Artikel 9 des bei der Annexions in Elsaß-Lothringen gültigen französischen Gesetzes vom 9. August 1849 anknüpft. Während aber in Frankreich die außerordentliche Gewalt auf den militärischen Befehlshaber überging, wurde in Elsaß-Lothringen diese Befugnis dem Oberpräsidenten übertragen. Von dieser Machtbeleidigung haben die Civilbehörden nur sehr selten und nur in zwei Richtungen Gebrauch gemacht. Einerseits, um Personen auszuweisen, deren Verbleib im Lande ihnen mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung unverträglich erschien; andererseits, um gewisse Presseerzeugnisse zu unterdrücken. Seit 17 Jahren ist der Diktaturparagraph nur noch zweimal oder dreimal zur Anwendung gekommen. Immerhin aber mußte er von der elässischen Bevölkerung als Missbrauchsvotum aufgefaßt werden. Auch die Stimmung dieses Hauses hat sich mehr und mehr zu Gunsten der Aushebung dieses Paragraphen gewandt und es ist nur eine unabkömmliche Übere in der Begründung der Vorlage, wenn darin diese Stellung des Reichstags nicht erwähnt worden ist. — Seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen sind nunmehr nach gründlicher Erwägung und Prüfung von seitens der Landesbehörden und des Reichskanzlers zu der Überzeugung gelangt, daß die außerordentlichen Machtmittel des Diktaturparagraphen fortan eingesetzt werden können. Wir erkennen an, daß es dank der Machtstellung des Reiches, dank auch der alten Stammesgemeinschaft zwischen uns und den Alemannen zwischen Rhein und Vogesen gelungen ist, die Bevölkerung der Reichslande mit der neuen Ordnung der Dinge zu versöhnen. Die Auswanderung nach Frankreich hat nachgelassen. Die Haltung des Landesausschusses ist eine immer ruhigere, sachlichere, loyalere geworden. In weiteren Kreisen der elässisch-lothringischen Bevölkerung ist mehr und mehr die Ansicht zur Geltung gekommen, daß die historische Notwendigkeit des Schicksals der Reichslande unaufhörlich verknüpft hat mit dem Schicksal des deutschen Volkes. Vertrauen spricht aus der hochherzigen Kundgebung Seiner Majestät des Kaisers und ein Alt des Vertrauens wird es sein, wenn Sie aus dieser Kundgebung die gesetzeberische Schlusfolgerung ziehen, welche ich im Namen der verbündeten Regierungen von Ihnen erhöhte. Ich bin überzeugt, wir alle hegen die Erwartung, daß die elässisch-lothringische Bevölkerung die Aushebung des Diktaturparagraphen mit derselben Gesinnung aufnehmen werden, mit der wir sie gewähren, nämlich mit deutscher Treue. (Beifall.)

Abg. Möllinger (Ell.): Ich hoffe auf einstimmige Annahme der Vorlage. Das Verhalten der elässischen Bevölkerung wird nach wie vor ein korrektes und legales sein.

Abg. Dr. Hoefel (Reichsp.): Meine Freunde begrüßen die Vorlage, durch die ein bedeutender Faktor der Verständigung aus dem politischen Getriebe Elsaß-Lothringens entfernt wird.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Wir werden für die Vorlage stimmen und hoffen, daß die Folge dieses hochherzigen Gelächters sein wird, daß von nun an jedes Misstrauen zwischen den Brüdern dieses und jenseits des Rheins schwinden wird.

Abg. Preiß (El.): Von einem Geschenk an die Elsaß-Lothringen kann keine Rede sein, die Vorlage bringt der reichsständischen Bevölkerung lediglich das, was ihr gebührt, und ihr leidet also lange vorenthalten worden ist. (Sehr richtig! Unruh.) Der Diktaturparagraph war den ausländischen Manifestationen gegenüber vollkommen machtlos und im übrigen war er überflüssig, denn inländische Manifestationen hat es seit 80 Jahren in Elsaß-Lothringen nicht gegeben. Es ist erfreulich, daß die Regierung nunmehr — wenn auch sehr spät — zugibt, daß ihre bisherige Politik eine Verfehlte und auf Verkenntnis beruhende Verhältnisse bezüngende war.

Abg. Bebel (Soz.): In seinen einleitenden Worten bemerkte der Reichskanzler: er hoffe im Namen der verbündeten Regierungen, daß bei uns im Reichstage diese Vorlage eine ebenso willige Annahme finden möge, als sie bei den verbündeten Regierungen gefunden habe. — Der Herr Reichskanzler hat damit doch einen Satz ausgesprochen, der die Situation unrichtig kennzeichnet. Die verbündeten Regierungen thun nicht etwas, was wir bisher verweigert haben, sondern sie thun etwas, was wir schon längst gefordert haben. Wir haben wiederholt mit großer Mehrheit an den Bundesrat das Verlangen gestellt, endlich den Diktaturparagraphen aufzuheben, und erst heute, nach Jahrzehnten, ist er unserem Verlangen nachgekommen. Der Umstand, daß der Reichskanzler nicht zu wissen scheint, daß wir wiederholt diesen Antrag gestellt, verschuldet wohl auch, daß wir neben dem elässisch-lothringischen Landesausschuß in den Motiven zu dieser Vorlage gar nicht genannt sind. Ich halte dies allerdings entgegen der Ansicht des Abgeordneten Riff für eine gewisse Unterlassungslösung. Nach den Verhandlungen, die zum Lehrammal über die Aushebung des Diktaturparagraphen in diesem Hause stattfanden am 21. und 28. Februar 1900, konnte man nicht erwarten, daß die Aushebung so bald erfolgen werde; nach den Erklärungen von offiziellster Seite mußte man glauben, daß noch eine geraume Zeit vergehen würde, ehe sich die verbündeten Regierungen zu einem solchen Schritt entschließen würden. Allerdings hatte bereits 1874, als zum erstenmal der Antrag gestellt wurde, Herr v. Puffkamer erklärt: Wir erkennen an, daß der § 10 ein schweres Ausnahmegesetz ist und wünschen alle lebhaft, daß der Zeitpunkt zu seiner Aushebung recht bald eintreten wird. Mittlerweise sind viele achtundzwanzig Jahre ins Land gegangen. Besonders Fürst Hohenlohe hat sich mit einer an ihm ganz ungewöhnlichen Entscheidlichkeit gegen das Verlangen des Reichstages, den Diktaturparagraphen aufzuheben, gewandt. Die Auffassung des Reichskanzlers ging damals dahin, daß der Antrag auf Aufhebung des Diktaturparagraphen nur gestellt werde, um Erregung und Unzufriedenheit in der elässisch-lothringischen Bevölkerung hervorzurufen, und der konservative Redner erklärte, er könne nur unter der Bedingung für den Antrag stimmen, wenn zugleich der eläss-

lothringischen Regierung Machtmittel anderer Art in die Hand gegeben würden, damit sie in ausreichender Weise gegen etwaige revolutionäre Strömungen gerichtet sei. Es ist sehr charakteristisch, daß die Regierung heute, um die Konservativen, die vielleicht bei dieser Vorlage ein gewisses Unbehagen empfinden, zu beruhigen, in den Motiven zu versichern giebt, daß gegen gemeingefährliche Bestrebungen das gemeine Recht mit aller Energie angewendet werden würde. Meine Partei hat stets darauf hingewiesen, daß die deutsche Reichsregierung und die elässisch-lothringische Landesregierung und der elässisch-lothringische Landesregierung in Hülle und Fülle hat, um revolutionären und landesverräterischen Tendenzen entgegen zu treten und zwar in den Bestimmungen, die das gemeine Recht und insbesondere das Strafgesetzbuch bietet. Es liegt in Elsaß-Lothringen eine so ungewöhnlich starke Garnison wie in keinem anderen Teile des deutschen Reiches, höchstens in einigen Distrikten des Ostens.

Es wird weiter in den Motiven ausgeführt, daß die verfassungsmäßige Befugnis des Kaisers zur Erklärung des Kriegsaufstandes und die Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Vorbereitung des Kriegsaufstandes in Elsaß-Lothringen vom 30. Mai 1892 durch die Aushebung des Diktaturparagraphen nicht berührt werden. Ferner bleibt die Befugnis des Statthalters, zu polizeilichen Zwecken die in Elsaß-Lothringen stehenden Truppen zu requirieren, unberührt bestehen.

Es versucht sich ganz von selbst, daß die elässisch-lothringische Bevölkerung nach der Annexion mit bittersten Gefühlen gegen Deutschland erfüllt war. Genau dieselbe Stimmung würde ja etwa die Bewohner der Rheinprovinz ergriffen haben, falls damals Frankreich besiegt und Deutschland das linke Rheinufer angenommen hätte. Wir würden das Verhalten als eine elende Charakterlosigkeit gebrandmarkt haben, wenn sie sich damals von vornherein mit der Neuordnung der Dinge einverstanden erklärt hätten. Sie waren mit ihren ganzen Lebensinteressen an Frankreich geknüpft und sahen alle diese Verbindungen mit einem Schlag zerstört. Um so schlimmer war der Fehler, den die Regierung begeht, indem sie die Gewaltmittel aller Art anwendete, ja die Elsaß-Lothringen von Anfang an als Deutsche zweiter Klasse behandelte. Es ist derselbe Fehler, den man auch gegen die Polen begangen hat, auch diesen gegenüber wird man entweder unterscheiden und die französischen Bewohner als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln müssen, wie es in der Schweiz und Amerika überall für selbstverständlich erachtet wird, oder man wird stets neue Erbitterung und neue Revolutionsszüge hervorrufen, bis das

Wir werden selbstverständlich für diese Vorlage stimmen, darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber überrascht hat uns doch, daß die Vorlage kam. Das konnte niemand erwarten und ich habe auch heute aus dem Munde des Reichskanzlers keine Gründe gehört, die uns den rotschwarzen Umschwung der Stimmung vom Februar 1900 bis heute hätten erklären können. Was ist denn in Elsaß-Lothringen mittlerweile vorgegangen? Hat sich die dortige Bevölkerung in den letzten zwei Jahren etwa artiger benommen als früher? Nein, die Haltung der Bevölkerung ist in allen Dingen die gleiche geblieben. Gerade die Stelle in den Motiven, in der auf die seitliche Anwendung des Diktaturparagraphen in den letzten Jahren hingewiesen wird, beweist, wie ungerecht die Aufrechterhaltung des Paragraphen war. Seit 1897 ist der Paragraph überhaupt nicht mehr angewendet worden. Die beiden Fälle seiner Anwendung im Jahre 1897 aber waren so standalöser Art, daß man allerdings sagen müßte, die Regierung hätte am besten —

Präsident Graf Valdrem (unterbrechend): Herr Abg. Bebel, Sie dürfen die Anwendung eines Gesetzesparagraphen durch eine deutsche Regierung nicht als standalös bezeichnen. Ich ersuche Sie, sich in Ihren Neuerungen zu mäßigen.

Abg. Bebel (fortschreibend): In Bezug auf die Behandlung der Presse bestanden noch die rücksichtigen Bestimmungen des französischen Rechts, daß der Regierung eine ungeheure Gewalt über die Presse steht. Trotzdem war die Regierung nicht im Stande, die Blätter auf eine andere Weise, als durch die Anwendung des Diktaturparagraphen zu bestrafen. Daraus werden Sie am besten erkennen, was in der That das Unrecht war, daß diese Blätter begangen haben. Und nun mit einem einzigen totalen Verderben, die durch jenen Erlass des Kaisers vom 9. Mai 1902, datiert von der Hohenzollernburg, der staunenden Welt verhindert wurde. Es heißt in dem Erlass, daß der Kaiser „den Elsaß-Lothringern einen besonderen Beweis seines Wohlwollens geben wolle.“ Es ist eine traurige Thatache, daß bei uns die persönliche Anschauung und das persönliche Wohlwollen in den wichtigsten Staatsfragen eine viel entscheidendere Rolle spielen, als die Grundsätze des Rechts! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Bevölkerung soll nicht abhängig sein von dem Wohlwollen eines einzelnen und sei er noch so hoch gestellt; sie hat nicht Wohlwollen, sondern Recht zu verlangen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das Recht gebot, den Elsässern ihre Gleichstellung mit den übrigen Deutschen zu gewähren. Der Kaiser sprach weiter von seinem Vertrauen auf die rechtfreudliche und loyale Gestaltung der Elsaß-Lothringen. Wiederholte ist hier von elässisch-lothringischen Rednern darauf hingewiesen worden, es sei nicht nachzuweisen, daß die elässische Bevölkerung in Bezug auf Stun für Geschäftlichkeit zurückstände hinter irgend welchen anderen Bevölkerungssteilen Deutschlands. Obgleich es erklärlich gewesen wäre, wenn die Elsässer von der ältesten Missstimmung ergriffen worden wären. Daß der Erlass von der Hohenzollernburg datiert ist, hat zu allerhand merkwürdigen Kommentaren in der Presse geführt. (v. Kölner: „Ja, im Vorwärts!“ Hinterkeit.) Der Vorwärts hat die Presstimmen nur wiedergegeben. In der Presse hat es geherrscht, der Erlass sei der Dank des Kaisers dafür, daß das Honoratiorenparlament, der Landesausschuß, auf den Viehbestand des Kaisers eingegangen ist, und die Mittel zum Ausbau der Hohenzollernburg bewilligt habe. Ich wage das nicht meinerseits zu behaupten, ich weiß es nicht, ich konstatiere nur die Thatache, daß in der Presse diese Behauptung aufgestellt worden ist, besonders auch in der Saargemünder Zeitung, dem Organ des einflußreichen Landesausschussgliedes Jaenichen. Wenn diese Annahme der Presse wahr sein sollte, dann möchte ich den Vertretern unseres Kantinenvolkes dringend raten, einmal Unschau zu halten, ob nicht auch dort Burgruinen vorhanden sind, die auf Kosten der Provinz ausgebaut werden können. (Große Hinterkeit.) In der Kölnischen Zeitung stand noch am 10. Mai ein Artikel, worin ausgeführt wird, daß die Regierung die Waffe des Diktaturparagraphen nicht aus der Hand geben könne. In der Presse wird behauptet, daß die Anschauungen dieser Artikel vom offiziellen Pressebüro, also durch das Reichskanzleramt oder das Auswärtige Amt inspiriert worden seien. An jenem Tage wußte man offenbar im Reichskanzleramt und im Auswärtigen Amt noch nichts davon, daß der Diktaturparagraph aufgehoben werden sollte. (Hört! hört! links.) Sollte die Annahme der Presse über den offiziellen Charakter jener Notiz falsch sein, dann bitte ich, dies öffentlich zu konstatieren. Ein ganz ähnlicher Artikel ist noch 2 Tage später in den gleichfalls offiziellen Münchener Neuesten Nachrichten erschienen. Die offizielle Presse und Regierung scheint also anderer Meinung gewesen zu sein, als die allerdicke Stelle. Weiter möchte ich auf die sehr bedeutsame Methode hinweisen, die sich in geradezu verhängnisvoller Weise breit macht, daß nämlich alle wichtigen Staatshandlungen, ob im guten, ob im bösen Sinne bei großen Festlichkeiten, bei denen ein besonderer Glanz entfaltet wird, erfolgen. Ich möchte vor der Öffentlichkeit hiergegen entschieden Verwarnung einlegen, daß Ausland muß ja den Eindruck gewinnen, als ob das deutsche Reich in Glück und Wohlergehen schwimme, wenn es fortwährend die Berichte über die großen Festivitäten liest, bei denen die Welt dann durch Erlass der oben erwähnten Art überrascht wird. Die Elsässer haben ja allerdings keinen Anlaß, danach zu fragen, aus welchen Motiven die Aushebung des Diktaturparagraphen erfolgt ist, sie haben ein Recht, die

Mehrheit mit Genugthuung zu begrüßen, wenn auch die Dansbeziehungen der elässischen Abgeordneten hier mir etwas zu übertrieben und deplatziert erscheinen sind.

Wenn Herr Riff vom Fortschritt der Entwicklung für Elsaß-Lothringen sprach, so wollen wir doch in dieser Stunde nicht vergessen, daß dazu noch viel mehr gehört, als die Aushebung des Diktaturparagraphen, um die Elsaß-Lothringen zu gleichberechtigten Deutschen zu machen. Vor allen Dingen müßte das Wahlrecht zum Landesausschuß geändert werden. Es gibt keine Volksvertretung, die so wenig den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt, wie diese sechs- bis zehnmal gesetzte Notabelversammlung. Eine wirkliche Volksvertretung müßte an Stelle dieser Scheinvertretung treten. (Ausruf des Herrn v. Kölner.) Herr v. Kölner ruft mir zu, ein besseres Parlament als das elässisch-lothringische giebt's ja gar nicht. (Große Hinterkeit.) Ich schaue die burkhardtische Offenheit des Herrn v. Kölner noch aus der Zeit, als er Kollege war. (Große Hinterkeit.) Ich glaub's ihm schon von seinem Standpunkt aus. (Große Hinterkeit.) Ein gesittigter Parlament kann er sich in der That nicht wünschen! Geht man nach den Verhandlungen des Landesausschusses, dann kann es überhaupt kein aufrechterhaltendes Volk geben, als die Elsässer. Um so unbegreiflicher ist es, daß der Diktaturparagraph solange in Kraft geblieben ist. Im weiteren bestehen in den Reichslanden noch aus der französischen Reaktionsszeit ein Vereins- und Versammlungsrecht, das von der Regierung Napoleon III. stammt und das ganze Versammlungswesen der Polizeiwillkür preisgegeben. Selbstverständlich haben die Arbeiterorganisationen am meisten über die rücksichtlose Handhabung dieses Gesetzes zu klagen. Für die politische Entwicklung eines Landes aber ist ein freies Vereins- und Versammlungsleben die Grundbedingung. Die freie Meinungsäußerung ist jetzt durch das Gesetz auf das schwärfste unterbunden, und dieser Zustand kann für ein Kulturdorf nicht geduldet werden.

Endlich aber besteht seit 1898 für Elsaß-Lothringen ein besonderes Preßgesetz. Man hat die alte französische preßgesetzliche Bestimmung aufgehoben, aber man hat nicht, wie sich das, man sollte meinen, von selbst verstände, das deutsche Reichspreßgesetz in Elsaß-Lothringen eingeführt. Auch nach dieser Änderung konnte man beim reaktionären Geist und den reaktionären Gelüsten nicht widerstehen. Man brüdet den Elsässern eine Extrawurst, aber eine solche, die ihnen unter Umständen sehr schlecht bekommt. Nach dem elässisch-lothringischen Preßgesetz sind den Landespolizeibehörden eine ganze Reihe von Machtausübungsmöglichkeiten eingeräumt, die ihnen auf Grund des Reichspreßgesetzes nicht zustehen würden. Das ist ein unwürdiger Zustand, auf dessen Beseitigung der Reichstag dringen muß. Es ist kein Wort zu verlieren. Aber überrascht hat uns doch, daß die Vorlage kam. Das konnte niemand erwarten und ich habe auch heute aus dem Munde des Reichskanzlers keine Gründe gehört, die uns den rotschwarzen Umschwung der Stimmung vom Februar 1900 bis heute hätten erklären können. Was ist denn in Elsaß-Lothringen mittlerweile vorgegangen? Hat sich die dortige Bevölkerung in den letzten zwei Jahren etwa artiger benommen als früher? Nein, die Haltung der Bevölkerung ist in allen Dingen die gleiche geblieben. Gerade die Stelle in den Motiven, in der auf die seitliche Anwendung des Diktaturparagraphen in den letzten Jahren hingewiesen wird, beweist, wie ungerecht die Aufrechterhaltung des Paragraphen war. Seit 1897 ist der Paragraph überhaupt nicht mehr angewendet worden. Die beiden Fälle seiner Anwendung im Jahre 1897 aber waren so standalöser Art, daß man allerdings sagen müßte, die Regierung hätte am besten —

Wir werden selbstverständlich für diese Vorlage stimmen, darüber ist kein Wort zu verlieren. Aber überrascht hat uns doch, daß die Vorlage kam. Das konnte niemand erwarten und ich habe auch heute aus dem Munde des Reichskanzlers keine Gründe gehört, die uns den rotschwarzen Umschwung der Stimmung vom Februar 1900 bis heute hätten erklären können. Was ist denn in Elsaß-Lothringen mittlerweile vorgegangen? Hat sich die dortige Bevölkerung in den letzten zwei Jahren etwa artiger benommen als früher? Nein, die Haltung der Bevölkerung ist in allen Dingen die gleiche geblieben. Gerade die Stelle in den Motiven, in der auf die seitliche Anwendung des Diktaturparagraphen in den letzten Jahren hingewiesen wird, beweist, wie ungerecht die Aufrechterhaltung des Paragraphen war. Seit 1897 ist der Paragraph überhaupt nicht mehr angewendet worden. Die beiden Fälle seiner Anwendung im Jahre 1897 aber waren so standalöser Art, daß man allerdings sagen müßte, die Regierung hätte am besten —

Präsident Graf Valdrem (unterbrechend): Herr Bebel, der während unserer ganzen Aktion in China hinzischer war als die Chinesen (Lachen bei den Sozialdemokraten). Sehr richtig! rechts), ist jetzt mehr Protektor als der couragierte Protektor von Elsaß-Lothringen. (Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Ich glaube sagen zu dürfen, daß die elässischen Abgeordneten die Stimmung besser wiederherstellen müssen, obgleich dies Gesetz, als es 1874 im Reichstag beraten wurde, um ein Haar abgelehnt wäre, weil es in seiner heutigen Gestalt so reaktionär ist, daß damals ein großer Teil der Abgeordneten aus den Kleinstaaten nicht glaubten, für ein solches Gesetz stimmen zu dürfen, daß den Zustand, wie er bisher in ihrem Lande geherrscht hatte, so bedeutend verschlechterte. Erst in letzter Stunde fand sich eine Majorität, die wenigstens endlich einmal ein allgemeines gleiches deutsches Recht auf diesem Gebiete schaffen wollte. Über wie immer man von unserem und dem Standpunkt der damaligen Minorität das Reichspreßgesetz beurteilt, gegenüber den Zuständen, die in Elsaß bestehen, ist es ein Fortschritt. Wenn die Elsässer als Deutsche anerkannt werden sollen, dann muß ihnen auch dieses allgemeine Preßgesetz eingeräumt werden. Sie leben also Herr v. Kölner, Sie haben noch viel im Elsaß zu thun! (Beifall bei den Soz.)

Reichskanzler Graf Bülow: Herr Bebel, der während unserer ganzen Aktion in China hinzischer war als die Chinesen (Lachen bei den Sozialdemokraten). Sehr richtig! rechts), ist jetzt mehr Protektor als der couragierte Protektor von Elsaß-Lothringen. (Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Ich glaube sagen zu dürfen, daß die elässischen Abgeordneten die Stimmung besser wiederherstellen müssen, obgleich dies Gesetz, als es 1874 im Reichstag beraten wurde, um ein Haar abgelehnt wäre, weil es in seiner heutigen Gestalt so reaktionär ist, daß damals ein großer Teil der Abgeordneten aus den Kleinstaaten nicht glaubten, für ein solches Gesetz stimmen zu dürfen, daß den Zustand, wie er bisher in ihrem Lande geherrscht hatte, so bedeutend verschlechterte. Erst in letzter Stunde fand sich eine Majorität, die wenigstens endlich einmal ein allgemeines gleiches deutsches Recht auf diesem Gebiete schaffen wollte. Über wie immer man von unserem und dem Standpunkt der damaligen Minorität das Reichspreßgesetz beurteilt, gegenüber den Zuständen, die in Elsaß bestehen, ist es ein Fortschritt. Wenn die Elsässer als Deutsche anerkannt werden sollen, dann muß ihnen auch dieses allgemeine Preßgesetz eingeräumt werden. Sie leben also Herr v. Kölner, Sie haben noch viel im Elsaß zu thun! (Beifall bei den Soz.)

Herr Bebel hat dann weiter gefragt, ob irgend welcher Zusammenhang besteht zwischen dieser Aushebung und dem Bau der Hohenzollernburg. Ich erwidere darauf, daß zwischen diesen beiden Angelegenheiten nicht der mindeste Kausalzusammenhang besteht. (Lachen links.) Wenn die Aushebung des Diktaturparagraphen im Interesse der Sicherheit des Reiches nicht möglich gewesen wäre, wäre sie nicht erfolgt und hätte der Landesausschuß für 100 Burgen die Mittel bewilligt. Wenn aber die Aushebung nötig war, so wäre sie erfolgt und wenn auf der Hohenzollernburg sehr Stein umgedreht wäre. Der Erlass ist datiert von der Hohenzollernburg, um hinzuwe

nachlesen kann, stets schwer empfunden worden. Misstrauen und Mistrusten hervorruhen. Je freier Elsah-Vöhringen regiert wird, um so deutscher wird es sein. Der Ton des Herrn v. Kölle dem Abg. Bebel gegenüber war wenig angemessen. (Bravo! links.)

Abg. Kampf (Reichsp.) erklärt, seine Freunde würden der Vorlage zustimmen, müssten aber dem Reichskanzler die Verantwortung für die Aufhebung des Diktaturparagraphen überlassen.

Abg. Baron de Schmid (El.) verliest eine kurze Erklärung, in der er seine Befriedigung über die Aufhebung des Diktaturparagraphen ausspricht.

Abg. Bebel (zur Geschäftsbordnung): Ich mache den Präsidenten darauf aufmerksam, dass der Vorredner seine Rede ablesen hat. Das ist nach der Geschäftsbordnung nicht zulässig. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Büsing: Der Vorredner hatte vorher den Herrn Präsidenten um Erlaubnis gebeten, seine Rede verlesen zu dürfen, da er der deutschen Sprache nicht in genügendem Maße mächtig sei.

Abg. Bebel (zur Geschäftsbordnung): Abg. Baron de Schmid ist klarlich zu einer hohen Stellung in der deutschen Armee befördert worden, ist aber nicht in der Lage, eine Rede in deutscher Sprache zu halten. (Große Heiterkeit.) Das war der Umstand, weshalb ich die Sache zur Sprache gebracht habe.

Vicepräsident Büsing: Was der Abgeordnete im Privatleben ist, geht uns hier nichts an. Hier ist er nur Abgeordneter. (Rufe links: Nur? — Unruhe.)

Abg. v. Levetzow (links): Die Verantwortung für die Aufhebung des Diktaturparagraphen müssen wir der Regierung überlassen. Wir werden der Vorlage mit ausdrücklicher Freude zustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Der Herr Reichskanzler hat uns protestierter als die Protestierer genannt. Unsere Stellungnahme erklärt sich einfach daraus, dass wir jedes Unrecht, jede Unterdrückung gegen eine Klasse, Klasse oder Nationalität bekämpfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch hier mussten wir verlangen, dass die Konsequenzen des gethanen Schrittes gezogen und die noch übrig bleibenden Missstände in den Reichslanden beseitigt werden. Wenn kein elßässischer Vertreter dies gehanzt hat, so geht mich das nichts an. Herr v. Kölle nennt mich einen Störenfried & tout prix (auf jeden Fall). Ja, wir sind doch nicht verpflichtet, mit den Herren von der Regierung Brüderlichkeit zu trinken. (Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie ist Herr v. Kölle noch lange nicht los. In verschiedenen Gemeindevertretungen führen Sozialdemokraten, die sich nachdrücklich der Rechte der Bevölkerung annnehmen. Herrn v. Kölle erinnerte unter Lachen an die alten Zeiten; mich auch, besonders an jenen Tag, wo Grillsberger ihm zuwarf: Herr v. Kölle, es wird immer döller. (Große Heiterkeit.) Wir werden stets dafür eintreten, dass die Elsässer nicht durch ihr Prehgeleb, vor allem die Ausnahmevereinbarung der Kautionspflicht, als Deutsche zweiter Klasse behandelt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Kölle: Herr Bebel hat jetzt zum zweiten Male das Prehgeleb als Ausnahmegesetz für die Elsah-Vöhringer bezeichnet. Das ist ganz falsch. Wenn Herr Bebel nach Straßburg kommt, so gilt für ihn der Kautionsparagraph ebenso wie für jeden Reichsdeutschen. Es ist doch das nicht ein Ausnahmegesetz gegen Elsah-Vöhringer. (Sturmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Glebock (Wol.): Herr Bebel gab uns Polen den Rat, wir sollten sehen, ob nicht auch bei uns eine Burg zu reparieren ist. Wenn wir aber auch zwei Schlösser bauen würden, uns Polen würde das nichts helfen. In dem Augenblick, wo hier Friedensworte gesprochen werden, ist in einem anderen Bundesstaate Preußens ein Ausnahmegesetz (Gesetz des Präsidenten).

Vicepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, was Sie sagen, steht in keiner Verbindung zu dem vorliegenden Gesetz. (Unruhe links.)

Abg. Glebock: Herr Bebel sah vorhin auch einen Zusammenhang zwischen diesen beiden Gesetzen, ohne unterbrochen zu werden.

Vicepräsident Büsing: Herr Bebel hat nur eine Parallele gezogen zwischen den Verhältnissen im Osten und Westen.

Abg. Glebock: Auch ich wollte nur eine Parallele ziehen, mich aber nun darauf verzichten. Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht einem lang gehegten Wunsche des Reichstags. Ich kann mich nur den Worten Bebels anschließen, dass von dem Wohlwollen eines Fürsten das Wohl eines Volkes nicht abhängt darf und ebensoviel das Glücksgeschick eines Volkes. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Reichskanzler Graf Bülow: Herr Bebel hat die Münchener Neuesten Nachrichten als offizielles Blatt bezeichnet; die Münchener Neuesten Nachrichten aber sind ein Blatt, das mich häufig angreift. Wenn Herr Bebel sich dann über die Ernennung des Baron de Schmid aufsehthalten hat, so wird er doch nicht bestreiten können, dass Se. Majestät das Recht zu dieser Ernennung hatte. Auf die Rede des Abg. Glebock kann ich nicht eingehen; sie berührt Verhältnisse eines Einzelstaates. Im Abgeordnetenhaus will ich mich gern mit ihm auseinandersetzen. Wenn aber Herr v. Glebock auf die von Se. Majestät auf der Marienburg gehaltene Rede zu sprechen gekommen ist, so habe ich zu erklären: Diese Rede war nichts als der Ausdruck monarchischen Pflichtgefühls und es war vollkommen in der Ordnung, dass Se. Majestät diese Rede auf der Marienburg gehalten hat, die seit alter Zeit ein Wahrzeichen des Deutschtums im Osten ist. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Wetterloß (El.) polemisiert gegen den Abg. Bebel.

Damit schließt die erste Lesung.

Das Haus tritt sofort in die zweite Lesung ein und nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

Es folgt die Wahl von sieben Mitgliedern des Reichstags zum Beträger für Arbeitstatistik. Auf Antrag des Abg. Hompesch (Centr.) werden per Acclamation gewählt die Abg. Bauermeister (Reichsp.), Heyl zu Herrnsheim (nat.-lib.), Hitz (Centr.), Jakobstötter (Centr.), Molkenbuhr (Soz.), Petoch (Centr.) und Schmidt-Eberleß (freil. Vp.).

Es folgen Petitionen.

Die Petitionen wegen Reform des Vorsengesetzes und auf Schaffung eines einheitlichen Vereins- und Versammlungsrechtes werden von der Tagesordnung abgefeiert, ebenso eine Petition betr. die Einführung des Besitzungs-nachweises im Bauhandwerk.

Eine Petition auf Einschränkung des Gewerbebetriebes der Militärmuster wird nach Befürwortung durch den Abg. Kopisch (freil. Vp.) dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Petitionen verlässt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend Aufhebung des Diktaturparagraphen; zweite Lesung des Zuckerteuergesetzes; Brüsseler Konvention und des Gültigkeitsgesetzes).

Fünfter internationaler Textilarbeiter-Kongress.

st. Gallen, 6. Juni.

Als nächster Punkt wurde zunächst über die Einführung einer einheitlichen metrischen Garennummierung verhandelt. Die Deutschen und Engländer sprechen sich für die Meterberechnung aus. Wagner-Chemnitz stellt einen dementsprechenden Antrag. Die Belgier und Franzosen wünschen die Berechnung allgemein nach Yards einzuführen. Schliesslich einigte man sich zur Annahme des deutschen Antrags. — Die Bekämpfung des Alkoholgenusses hat zu einer grösseren Debatte geführt. Baubert-Spolda betonte, dass man allgemein mit dem Bestreben gegen den Mißbrauch des Alkoholgenusses sympathisiere könne, ohne dies besonders durch den Kongress zu betonen. Nössel-Bremen will dies aber durch einen Beschluss festgelegt wissen, und beantragt,

Der fünfte internationale Textilarbeiterkongress beschließt: „Die Organisationen und die Fachpresse der Textilarbeiter aller Länder haben die Pflicht, der Alkoholfrage mehr Aufmerksamkeit als bisher entgegen zu bringen. Es ist durch Vorträge und belehrende Artikel darin zu wirken, dass der Alkoholgenuss immer mehr eingedämmt werde.“ Auch die Schweizer haben einen ähnlichen Antrag eingebracht, welche dann beide zusammen angenommen wurden. — Die Belgier und Franzosen beantragen, die Textilarbeiter aller Länder sollten bei politischen Wahlen nur für solche Kandidaten stimmen, welche in den Parlamenten bereit sind, die Beschlüsse des internationalen Textilarbeiterkongresses zu vertreten. Sämtliche Nationen, mit Ausnahme eines italienischen Delegierten (Anarchist) stimmen dafür. Weiter wurde ein Antrag angenommen, überall in eine Propaganda für Ausdehnung der Gewerbegechte, sowie der Feststellung, dass alle Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts von 21 Jahren an wahlberechtigt und wählbar seien, einzutreten. — Beschlossen wurde, den nächsten internationalen Textilarbeiterkongress im Jahre 1905 in Mailand abzuhalten. — Nach erfolgter Festsetzung der an das internationale Sekretariat zu zahlenden Beiträge wurde der Vorsitzende des internationalen Sekretariats Mr. W. G. Wilkinson, Chambéry, Aix-les-Bains, einstimmig wiedergewählt. Damit hatte der internationale Textilarbeiterkongress seine Arbeit erledigt. Baubert-Spolda dankte in einem längeren Schlusswort und betonte, auch dieser Kongress bildet einen Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung, denn trotz des in den ersten Tagen nicht schönen Bildes der Harmonie haben die Verhandlungen und Beschlüsse der letzten Tage den untrüglichen Beweis des immer mehr erwachenden Massenbewusstseins geliefert. Den Schweizer Arbeitern, dem Organisationskomitee und vor allem dem Rektor der Schweizer Sozialdemokratie, dem alten Greif, gebühre in Anbetracht seines Alters für seine Opferwilligkeit der Dank des Kongresses. Der internationale Sekretär schliesst sich den Worten Baubert-Spoldas an, die Engländer würden die schönen Erinnerungen aus Zürich mit in ihre Heimat nehmen, er hoffe, dass die Verbesserung der Arbeiter aller Länder eine immer regere werde. Unter Abstingen eines französischen Freiheitsliedes, dessen Meistrain, und der Marschallaise, die allgemein mitgesungen wurde, wurde mit einem brausenden Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung der Kongress geschlossen.

Zwei bürgerliche Kampfschriften gegen den Zolltarif.

II.

Behandelte die Schäffische Broschüre den Zolltarif in seiner Bedeutung für den Agrarbau (siehe Leipziger Volkszeitung vom 24. Mai, 3. Beilage), so kennzeichnet die zweite der hier zu besprechenden Broschüren: Eisenindustrie, Zolltarif und Außenhandel von Dr. Eugen Moritz (Berlin, Siemensroth, 1902) als praktischer Beitrag zur Wirtschaftspolitik nach Informationen aus Industrie- und Exportkreisen die industrielle Seite des Entwurfs.

Wer ruft: Fort mit den Getreidezöllen, darf nicht zurücktreten vor dem Ruf: Fort mit den Eisenölen.“ Dieses Wort aus Kautsky's Handelspolitik und Sozialdemokratie (S. 69) findet in der Moritz'schen Schrift ein interessantes Analogon von bürgerlicher Seite. Denn die Ausführungen gipfeln in der „Bitte an die Regierung, im Sinne der Weiterentwicklung Deutschlands systematisch die Politik zu betreiben, durch successive Heraufsetzung aller Zölle Deutschland für den Export großer Stils allmählich zu erziehen.“ Wie kommt nun der Verfasser zu dieser Erkenntnis?

Die deutsche Eisenindustrie bedarf zu ihrer Entwicklung in höchstem Grade einer Zollpolitik der offenen Thür. Sie ist darauf angewiesen, ein gut Teil ihrer Produktion zu exportieren, wobei ihr gar bald der Arm erlahmen würde, müsste sie die Produkte immer über hohe ausländische Schutzzäune werfen. Vor allem benötigt die Eisenindustrie aber auch zu ihrer Produktion selbst ausländischen Bodenreichtum. Der deutsche Eisenbergbau förderte zwar 1900 18,96 Millionen Tonnen Eisenerz gegen über 11,4 im Jahre 1890, aber trotzdem mussten im Jahre 1900 noch 4,1 Millionen Tonnen Rohprodukte in der Haupthälfte aus Spanien und Schweden eingeführt werden. Bringen wir den Export an Eisenerz in Abzug, so lieferte von 19,8 Millionen Tonnen aus dem verarbeiteten Eisenerz das Ausland den fünften Teil. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse für Kobalt. 1900 produzierte Deutschland 8,5 Millionen Tonnen gegenüber 4,66 im Jahre 1890. Dazu tritt 1900 eine Importmenge von 727.000 Tonnen Kobalt fast gänzlich aus Großbritannien, der nur 129.000 Tonnen Export — wie beim Eisenerzport — vornehmlich nach Belgien und Frankreich gegenüberstehen. Vollständig verläuft sich das Verhältnis von Export und Import für Eis-, Winkel-, Luppen-, schmiedbares Eisen und Ingots, von denen wir 1900 41.000 Tonnen ein-, und das Schmiede, nämlich 422.000 Tonnen, ausführen (1901 23.000 Tonnen Import, 874.000 Tonnen Export). Bleiben wir den Außenhandel der eigentlichen Eisenwaren in Betracht, so zeigt sich erst recht, wie unsere Produktion längst den Rahmen des einheimischen Bedarfs sprengt. Mit Ausnahme von Weißblech, das aus Großbritannien importiert wird, übersteigt bei allen Eisenwaren die Ausfuhr die Einfuhr sehr erheblich. Aus der Tabelle, die Moritz darüber bestätigt, mögen einige Bissens folgen:

	Ausfuhr in Tonnen: Einfuhr in Tonnen:			
	1897	1901	1897	1901
Eisenbahnschienen	118.473	180.076	774	545
Eisenbahn	108.900	247.758	5.600	7.922
Puffer	29.881	49.286	2.507	936
Geschosse	279	1.177	—	—
Platten und Bleche	181.198	255.627	2.675	2.097
Nähen	20.852	48.376	10.524	12.201
große Eisenwaren	142.480	162.048	15.200	15.531

„Die deutsche Handelsstatistik weist im allgemeinen eine gewaltige und in den letzten Jahren schnell steigende Mehrimporte von Fabrikaten auf.“

Der Verfasser geht dann kurz auf die Maschinenindustrie Deutschlands ein, wobei auch hier wiederum die Wichtigkeit der Offenhaltung des Export in den Vordergrund tritt.

Der Schwerpunkt der Moritz'schen Schrift liegt aber auf der Darlegung der Verhältnisse einer Spezialindustrie aus der Eisenbranche, nämlich der der Feld- und Kleinbahnen. Dieser Zweig wird herausgegriffen, weil einerseits engere Verbindung mit Firmen dieser Industrie dem Verfasser gestattet, etwas tiefer in die Geheimnisse der kapitalistischen Profitmachierei hinein zu leuchten und weil andererseits die in erheblicher Menge auf den Export angewiesene Feldbahnbauindustrie einen sehr empfindlichen Grabenmesser für die Wirkung zollpolitischer Maßnahmen abgibt.

Die deutsche Feldbahnbauindustrie ist noch sehr jung, aber von geradezu stilistischer Entwicklungskraft. Moritz schätzt die Gesamtumsätze der deutschen Feldbahnbauindustrie für das Jahr 1890 auf 2 Millionen Mark, 1890 auf 10 Millionen Mark und 1900 auf 60 Millionen Mark. Wie wirkte nun die Zollpolitik auf diese Industrie ein? Die deutsche Schutzzollpolitik von 1879 fand in den Nachbarstaaten ehrige Nachahmung. Durch die österreichischen Schutzzölle veranlasst, ging die deutsche Feldbahnbauindustrie dazu über, in Österreich-Ungarn selbst Schienen zu kaufen und ihre Fabrikate dort in eigenen Fabriken herzustellen! Des weiteren musste eine der deutschen Hauptfirmen 1897 in Petersburg eine eigene Feldbahnanstalt errichten, weil deutsches Produkt nicht länger den russischen Schutzzöllen ertragen konnte. Während 1890 nur etwa 5—10 Prozent der Materialien dieser Firma im Ausland eingeführt und verarbeitet wurden, trifft dies 1900 schon für die Hälfte des Umsatzes zu. Eine ähnliche Tendenz zeigt nach Ansicht des Verfassers auch „die landwirtschaftliche Maschinenbranche, die elektrische Industrie, die Drahtindustrie, der Automobilbau, die Stahlgiesserei, die Armaturenbranche“ etc. Der Autor stellt eine Liste von 68 Akten-

gesellschaften (Eisenwerke, Maschinenfabriken, Elektrizitätsgesellschaften, Textil- und chemische Fabriken etc.) zusammen die durch die ausländische Zollpolitik gefordert habe, 32 in Österreich-Ungarn, 27 in Russland, 18 in Frankreich, je 6 in Amerika und Italien etc. Zweifellos, dass weitere Erhöhung der deutschen Zollmauer, wie sie der Tarif beschreibt, das Ausland veranlassen wird auch seinerseits eine neue Schicht auf seine Zollmauer zu setzen, zweifellos auch, dass unsere Exportindustrie am empfindlichsten diese deutschen Unternehmungen an Zahl wachsen werden. Ein Vorgang, der, was der Verfasser freilich unerklärt läuft, auch für die Lage des deutschen Arbeitsmarktes von größtem Einfluss ist und auch sein wird. Ist es schon ein Gesetz der kapitalistischen Entwicklung, dass mit der Accumulation (Anhäufung) des Kapitals die Beschäftigung menschlicher Arbeitskraft nicht Schritt hält, so erhält die industrielle Reservearmee noch ein schnelleres, sprunghafes Wachstum, wenn deutsches Kapital in größerem Umfang in ausländischen Unternehmungen festgelegt wird. Der Kapitalist kann sich so scheinlich durch Export seines Kapitals gegen unbekannte ausländische Schutzzollpolitik zu schützen suchen. Der Arbeiter kann seine Arbeitshände nicht verschicken, ohne den ganzen Menschen mit dran zu geben. Er wird, wenn nicht die Wasser sehr hoch steigen, versuchen, im Land das Leben zu fristen. Aber der Verfasser liest, wenn er ausschließlich aufs Konto der Zollpolitik setzt, womit er den Kapitalismus als solchen hätte belasten müssen. Das ist ja der Überstumpf kapitalistischer Weltwirtschaftspolitik, dass sie überall den Kunden ähnlich in einen Konkurrenzverwandelt, dass sie überall die Völker antreibt, den Bauernkittel anzulegen, und in ein industrielles Gewand zu schlüpfen. Ein immer schwierigerer Verlust von Widerprüchen, die allein der Sozialismus berufen ist zu entkräften.

Im letzten Teil seiner Schrift macht der Verfasser Ausschläge zu den Börsenhandlungen mit verschiedenen Staaten, unter besonderer Berücksichtigung der Eisenfabrikate. Neben Österreich-Ungarn, Russland, Rumänien, Italien, Spanien, Niederland, Frankreich und den zugehörigen Kolonien, werden eingehender unsere Börsenbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika und zu Großbritannien und seinem Kolonialgebiet beobachtet. Grob in der gegenwärtigen Krise lässt sich die Wichtigkeit unseres Exporthandels gut erkennen. In Seiten stehenden Absatzes ist „Großbritannien mit seinem Freihandel für die deutsche Industrie ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsventil“. Wenn auch mit Preisopfern, kounnen doch gewaltige Mengen der deutschen Eisenwaren nach England abgeschlossen werden und dienen zu Entlastung des heimischen Marktes. Der Verfasser nennt als bestes Mittel zur Verhütung künftiger Krisen die Festigung des Schutzzoll- und Abschlussystems auf der ganzen civilisierten Welt, indem er auch hier etwas einseitig aus Begleiterscheinungen des Kapitalismus Folgen der Zollpolitik macht.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Montag den 9. Juni: 150. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot):

6. Cosspiel des Herrn Anton Brand.

Hofmanns Töchter.

Börsstädt in 4 Akten von Adolf von Arrouga.

Regie: Regisseur Unger.

Anton Hofmann, Kunst- und Handelsgärtner . . .